

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908

164 (23.5.1908) Badischer Landtag. Zweite Kammer. 75. öffentliche
Sitzung

Beilage zur Karlsruher Zeitung № 164.

Samstag, 23. Mai 1908.

Badischer Landtag.

==== Zweite Kammer. ====

75. öffentliche Sitzung

am Donnerstag den 21. Mai 1908.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

1. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für die Jahre 1908 und 1909, Ausgabe Titel X und Einnahme Titel III (Unterrichtswesen), u. zwar

Ausgaben
Ordentlicher Etat: B. Kreis- und Kreisbüchereien, D. Lehrerbildungsanstalten, E. Blinden- und Taubstummenanstalten, H. Frauenarbeits- und Haushaltungsschulen, J. Volksschulen, K. Für besondere Unterrichtszwecke;

Außerordentlicher Etat: § 17 (für die Bearbeitung der Statistik des Unterrichtswesens), §§ 20 bis 26 (Lehrerbildungsanstalten), § 27 (zur Weiterführung der provisorischen Kurse für Taubstumme in Heidelberg), § 28 (zu Staatsbeihilfen für bedürftige Gemeinden zu Schulhausbauten),

und sämtliche Einnahmen des Titels III,

sowie über folgende Petitionen

a. des Gemeinderats Gengenbach um Ausbau des in dieser Stadt bestehenden Vorkurses zu einem Volkseminar (Seite 11/16 des Berichts),

b. des Gemeinderats Tauberbischofsheim um Berücksichtigung bei Errichtung eines weiteren Lehrerseminars (mündlich). — Drucksache Nr. 11 c II — Berichterstatter: Abg. Dr. Obkircher,

und damit in Verbindung

2. Beratung des Berichts der Petitionskommission über die Petitionen

a. einer Anzahl Gemeinden des Landes,

b. einer Anzahl Bürgermeister und Gemeindevertreter von Schwarzwaldgemeinden um Abänderung einiger Bestimmungen des Elementarunterrichtsgesetzes — Drucksache Nr. 67 — Berichterstatter: Abg. Rohrhurst; sowie des Antrags der Abgg. Dr. Zehner u. Gen. Dazu Drucksache Nr. 67 a.

3. Beratung des Berichts der Budgetkommission über den Antrag der Abgg. Burghard u. Gen., die Ueberstunden in der Volksschule betr. — Drucksache Nr. 40 — Drucksache Nr. 40 a — Berichterstatter: Abg. Dr. Obkircher.

4. Beratung des Antrags der Abgg. Krüger u. Gen., die Schulordnung und die Dienstweisung für die Lehrer an Volksschulen betr. — Drucksache Nr. 43 a —

5. Beratung des Antrags der Abgg. Zörg u. Gen., die Umwandlung der konfessionellen Lehrerseminare in simultane betr. — Drucksache Nr. 43 b — (Fortsetzung.)

Am Regierungstisch: Staatsminister und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts Wirkl. Geh. Rat Dr. Frhr. von Dusch; Ministerialdirektor Geh. Rat Beyerer; Direktor des Oberschulrats Geh. Rat Dr. von Sallwürf; Geh. Oberregierungsrat Schmidt.

Präsident Fehrenbach eröffnet kurz nach 1/10 Uhr die Sitzung.

Es werden folgende Einläufe angezeigt:

I. Schreiben des Ministeriums des Innern mit 73 Exemplaren des Jahresberichts der Fabrikinspektion für 1907.

II. Petitionen:

1. des Verbands der badischen Grund- und Hausbesitzervereine, die Aenderung des Vermögenssteuergesetzes betr.;

2. des Gemeinderats Adelsheim, den Anschluß der Gemeinde Merchingen an die Staatsbahn mit Einmündung in Adelsheim betr.

Es werden überwiesen: Ziffer 1 der Petitionskommission, Ziffer 2 der Kommission für Eisenbahnen und Straßen.

Zur Tagesordnung erhalten das Wort

Abg. Eichhorn (Soz.): Die Anhänger einer guten, leistungsfähigen Volksschule befinden sich diesmal im Gegensatz zu früheren Verhandlungen über das Volksschulbudget in einer etwas eigentümlichen Lage, sie befinden sich in der Defensive gegenüber Angriffen auf die Volksschule, auf den Stand unserer gegenwärtigen Volksschulbildung. Während wir bisher bei dem Volksschulbudget gewöhnt waren, daß wir zusammen gestanden sind (die eine Partei etwas mehr, die andere etwas weniger, aber wir sind doch zusammen gestanden), um die Volksschule auf ein höheres Niveau zu heben, müssen wir diesmal alles aufbieten, um die Errungenschaften, die vor zwei Jahren mühsam durchgesetzt worden sind, die sich aber immer noch als unzulänglich darstellen, zu erhalten und die Versuche zurückzuweisen, die auf eine Verschlechterung unserer Volksschule hinausgehen. Das ist traurig, und man möchte beinahe an der Zukunft zweifeln, wenn man jetzt nach einem so langen Kampfe konstatieren muß, daß, nachdem vor zwei Jahren erst eine verhältnismäßig bescheidene Verbesserung unseres Volksschulwesens eingeleitet und auf dem Papier geschaffen worden ist, jetzt bereits eine große Partei kommt, eine große Partei, die allerdings in dieser Hinsicht immer verdächtig war, und nun mit aller Kraft daran geht, die geringen, noch gar nicht in die Praxis umgesetzten Errungenschaften wieder zu beseitigen. Kein Mensch, dem die Liebe zu unserer Volksschule nicht nur eine demagogische Phrase ist, wird doch behaupten können, daß unsere Volksschule bereits zu weit entwickelt sei und allzuviel Bildung in den Volksschulen verbreite. Wir

haben nach der letzten Volksschulreform wohl auf dem Papier den Satz stehen, daß auf einen Lehrer nicht mehr wie 70 Kinder kommen sollen, und wir haben die Bestimmung, daß im Minimum wöchentlich 22 Stunden Unterricht erteilt werden sollen. Aber abgesehen davon, daß diese Bestimmung noch lange nicht überall durchgeführt ist, wäre sie selbst durchgeführt noch nicht hinreichend, und die Regierung darf auf ihren Vorbeeren noch nicht anrücken, wenn erreicht werden soll, daß an Stelle des Schuldrills, der wesentlich eine Folge der Ueberlastung der Lehrer an unseren Volksschulen ist, eine wirkliche Erziehung tritt. Um das aus tausend sozialen, sittlichen und anderen Gründen außerordentlich heterogen zusammengesetzte Kindermaterial einigermaßen individuell zu bilden und zu erziehen, um diesen Kindern die Grundlage zum tüchtigen Menschen zu geben, dazu gehört noch viel mehr als das, was wir gegenwärtig im neuen Lehrplan haben. Ich lege das Schwergewicht auf die Erziehung zum tüchtigen Menschen. Es genügt absolut nicht, wenn man sich auf den Standpunkt stellt, wie ihn der Herr Kollege Duffner hier mit solchem Eifer verteidigt hat, daß man die Jugend allein zu tüchtigen Arbeitern erzieht. Unsere Jugend soll Teil haben an den Kultur-erwerbungen der Welt, unsere Jugend soll in die Lage versetzt werden, daß sie einmal mit dem Pfund der Erkenntnis und des Wissens, das ihr in der Volksschule gegeben ist, wuchern kann; dazu gehört aber mehr als das, was man hier als Ideal einer guten Volksschule ausgesprochen hat. Lesen, Rechnen, Schreiben und selbstverständlich Beten, das sind das Alpha und Omega der Erziehungsforderungen, die der Herr Kollege Duffner hier vertreten hat, und die freilich auch aus jedem dieser Petition herausleuchten. Das ist Erziehung zum Arbeitsklaven, nicht aber Erziehung zum Menschen, wie wir sie verlangen müssen und wollen. Die Erziehung zum Arbeitsklaven ist ja freilich einfacher und leichter. „Dumm und stark“ lautet die Parole der preußischen Junker, und die Petition, die uns vorliegt, und die Rede, die der Herr Kollege Duffner gehalten hat, haben eine verzweifelte Ähnlichkeit mit den Auffassungen, die uns alle Augenblicke aus preußischen Junkerkreisen entgegen treten.

Es ist ein glückliches Spiel des Zufalls, daß der „Vorwärts“, unser Parteiblatt in Berlin, anlässlich des Wahlkampfes in Preußen gerade eine Anzahl von jungerlichen Äußerungen über die Volksschule veröffentlicht hat. Ich hätte diese Zitate selbstverständlich nicht in unsere badische Volksschuldebatte hinein verschoben, wenn nicht der Geist und der Gedankengang der Petition sowohl als auch die Rede des Herrn Kollegen Duffner eine verzweifelte Ähnlichkeit mit solchen Auffassungen hätte, wie sie uns hier entgegenleuchten. Deshalb wird mir der Herr Präsident wohl gestatten, ein paar dieser Äußerungen vorzutragen:

Einer sehr alten Auffassung in konservativen Kreisen, die schon auf das Jahr 1837 zurückgeht, hat ein Herr von Thadden-Triglass damals zum Ausdruck gegeben: „Man stelle gediente und verdiente Unteroffiziere, die ja auch bei den Regimentern eine gute Gelegenheit zur Ausbildung haben, besonders bei den Armeenschulen der Städte an. Sie werden am ersten diese verwilderte Jugend zum Gehorsam bringen.“ Oberstleutnant v. Malachowski sagt: „Ich halte die Unteroffiziere für die geeignetsten Volksschulmänner.“ Ein Herr v. Hellborn, der schon bekannter ist, der in den 70er und 80er Jahren in konservativen Kreisen eine gewisse Rolle gespielt hat, sagt: „Ich will den Bauer nicht zum Rechnen bringen, denn dann ist der Bauer verdorben. Er soll den Pflug führen und hinter den Pferden hergehen und nicht Rechnung führen.“ Ein

Freiherr von Hammerstein-Logten sagte im Jahre 1899: „Die Schule hat die Flucht vom Lande verschuldet“ (basselbe, was der Herr Abg. Duffner hier ausgeführt hat). „Es gibt kein Unterrichtsmittel mehr, welches dazu dienen soll und kann, den Kindern Liebe für den landwirtschaftlichen Beruf beizubringen“. Weiter sagt der ehemalige Vizepräsident des Reichstages, Freiherr von Frege-Welzien: „Ich wünsche, daß die Kirchen voller, die Schulen aber leerer werden möchten. . . . Die Unteroffiziere sind so recht die Volksschullehrer im besten Sinne des Wortes, was man von manchem seminaristisch gebildeten Lehrer nicht sagen kann.“ Der heutige „Vorwärts“ bringt nun eine Fortsetzung dieser Serie, und er führt da den bekannten Zuchthaus-Hammerstein mit an erster Stelle an, eine ehemalige Leuchte der konservativen Partei in Preußen, der im Jahre 1896 meinte: „Die Kinder sollen Lesen, Schreiben und Rechnen lernen, für weitergehende Dinge aber sehe ich kein bringendes Bedürfnis.“ Das ist ganz genau das, was der Herr Kollege Duffner gemeint hat: Alles, was über Lesen, Rechnen und Schreiben hinausgeht, sei Dummst und Flitter. (Abg. Duffner: Das ist ja gar nicht wahr!). Ich kann Ihnen das aus Ihrer Rede vorlesen, und wenn Sie es bestreiten, so werde ich später auf die Stelle eingehen. Der Herr von Hippel sagt im Jahre 1870: „Wir fordern Einschränkung des Elementarunterrichts, damit sich nicht im ersten Keim eine Ueberbildung entwickelt, die in jungen Gemütern nur Unzufriedenheit erzeugt und zum Streben über Stand, Vermögen, Anlagen hinaus- und hinaustreibt.“ Der Freiherr von Gamp-Maffaunen, der Präsident der Budgetkommission des Reichstages, sagte 1899: „Ich möchte empfehlen, das schulpflichtige Alter um ein Jahr zu vermindern. Man könnte dadurch der Landwirtschaft eine Menge jugendlicher Arbeiter zuführen. Dann sagt Jemand, der Ihnen (zum Zentrum) noch näher steht, Graf von Ballestrem, der frühere Präsident des Reichstages: „Den Vorschlag, die Schulzeit zu verkürzen, finde ich ganz angemessen. Es ist kein Fehler, wenn man die jungen Leute frühzeitig einem gesunden Erwerbsleben zuführt.“ Ich könnte diese Zitatereihe noch um ein ganz Beträchtliches vermehren, aber ich empfehle Ihnen, einmal den „Vorwärts“, der ja hier im Lesezimmer ausliegt, selbst zu lesen, dann werden Sie einen Einblick gewinnen in die kulturfeindliche und brutale Auffassung der Junker in Preußen, die, wie gesagt, hier ihren Widerhall gefunden hat sowohl in der Petition als auch in den Reden, die wir (ich möchte sagen, leider) von dem Herrn Kollegen Duffner und in abgeschwächterer Form von dem Herrn Kollegen Schüler gehört haben.

Unsere Meinung geht demgegenüber dahin, daß die Regierung mit der Reform vor 2 Jahren noch lange nicht das Ende ihrer Fürsorge für eine gute Volksschulbildung erreicht hat. Ich glaube, die Groß-Regierung ist selbst der Meinung, daß sich auf diesem Gebiet noch mehr tun läßt, und wir begrüßen es, daß der Herr Minister, wenn auch vielleicht nicht mit dem scharfen Nachdruck, der wünschenswert gewesen wäre, die Forderungen der Petition zurückgewiesen hat.

Wir haben, wie ich schon einmal erwähnte, in der Praxis noch lange nicht erreicht, was die Reform uns in Aussicht stellte, die wir damals beschlossen haben. Nach einer bereits vom Herrn Kollegen Obkircher zitierten Statistik, die ein bekannter Führer der Lehrer, der Mannheimer Hauptlehrer Rödel aufgemacht hat und die vom 15. August 1907 datiert, haben wir nur in 803 Orten, das sind 51 Proz. der Schulorte, das Ziel erreicht, das die Reform aufstellte. Nur in diesen 803 Orten kommen bis zu 70 Kinder auf den Lehrer. In

den übrigen 49 Proz. kommen über 70 Kinder auf einen Lehrer, und zwar in 679 Gemeinden, also in 44,4 Proz., 71 bis 100, in 73 Gemeinden, also in 4,6 Proz., sogar über 100 Kinder, in 2 Orten über 120 und in 11 Orten von 100 bis zu 120 Kinder. Zieht man statt den Gemeinden die Lehrer in Betracht, dann verschlechtert sich das Verhältnis noch bei weitem. Nach derselben Statistik sind nur 42 Proz. der Lehrer in der glücklichen Lage, bis 70 Kinder zu unterrichten, nämlich 1424 Lehrer; 1643 Lehrer, also 48 Proz., haben von 71 bis 99 Kinder zu unterrichten, 349, also 10 Proz., 100 Kinder und darüber. Also 58 Proz. der Lehrer haben über die normale Zahl der Kinder, die in der Schulreform festgesetzt ist, zu unterrichten!

Die Schuld trägt natürlich der Lehrermangel. Ich bedaure daher außerordentlich, daß der Herr Minister sich gegenüber der Anregung des Herrn Berichterstatters Dr. Obkircher in bezug auf die Errichtung weiterer Lehrerseminare sehr bestimmt ablehnend ausgesprochen hat. Der Herr Staatsminister hat gemeint, neue Lehrerseminare zu errichten, sei ganz überflüssig, daran denke die Obrigkeit gar nicht, wir kämen ohnedies in ein paar Jahren zu dem Ziel, das wir erstreben. Das ist möglich, wir können das selbstverständlich im einzelnen nicht nachprüfen, ich bin da viel zu wenig Fachmann; aber aus den Blättern unserer Lehrer geht soviel hervor, daß man nicht mit Unrecht sehr starken Zweifel in die Zuversicht des Herrn Staatsministers setzen kann. Wir wollen schließlich doch nicht dazu kommen, daß die Ausnahme, die jetzt in Karlsruhe gemacht worden ist, eine Anzahl Lehrer (ich glaube 34 waren es) vor der vollendeten Ausbildungszeit herauszunehmen und in den praktischen Schuldienst zu setzen, zur Regel wird. Wir wollen, daß die Ausbildungszeit der Lehrer eher verlängert als verkürzt wird. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die gegenwärtige Ausbildungszeit eigentlich noch viel zu kurz ist, um ein tüchtiger Volksbildner ein tüchtiger Lehrer, ein tüchtiger Erzieher zu werden. Ich betone das Wort Erzieher ausdrücklich, weil ich nicht möchte, daß das, was wir heute leider vielfach infolge des Lehrermangels, infolge der Überlastung der Lehrer, infolge der geringen Auswahlmöglichkeit haben, daß nämlich die Erziehung in der Schule mehr ein Drill ist, verewigt werde. Ich hoffe, daß wir einmal dazu gelangen, auch in der Volksschule zu individualisieren, kleine Klassen und die Möglichkeit für den Lehrer zu schaffen, jedes Kind nach seiner Veranlagung, nach seinen sozialen Verhältnissen, nach all dem, was das Kind umgibt und was eben die Vorbedingung für eine gute Erziehung ausmacht, zu würdigen, um dann das Kind unter Berücksichtigung all dieser Momente auszubilden und zu erziehen. Wenn wir das wollen, dann gehören außerordentlich tüchtige Lehrer in die Schulen, und es gehört schon eine gewisse Lebenserfahrung der Lehrer dazu. Von diesem Gesichtspunkt aus glaube ich, daß die Ausbildungszeit der Lehrer eher verlängert, aber nicht verkürzt werden sollte. Und wenn ich das berücksichtige, dann scheint mir die Hoffnung des Herrn Staatsministers, daß wir in ein paar Jahren genügend Lehrer haben werden, auf sehr schwachen Füßen zu stehen, und ich hätte lieber gesehen, wenn er, der Anregung des Herrn Berichterstatters folgend, erklärt hätte: Es steht selbstverständlich nichts im Wege, in Willingen oder den anderen Orten, die da in Betracht kommen, noch ein Seminar zu errichten.

Ein Wort über die Erziehung im Seminar, die in der diesjährigen Debatte ja auch verschiedentlich berührt worden ist. Ich habe mich schon früher sehr nachdrücklich gegen Internate ausgesprochen. Ich will

zugehören, daß möglicherweise in einem gewissen jugendlichen Alter, bei einer ausgezeichneten Aufsicht, bei väterlicher, familiärer Leitung des Internats, die Schäden des Internats nicht so groß sind. Aber auch da will mir scheinen, als ob es nur ein Notbehelf sei u. kein Idealzustand, auch diese jungen Leute im Internat zu halten. Für Personen von 16, 17, 18 Jahren scheint mir das Internat direkt verderblich, nicht allein aus Sittlichkeitsgründen, obwohl das auch eine hervorragende Rolle spielt. Es sind ja alle Kreise der Wissenschaft, die sich mit diesen Fragen beschäftigen, darüber einig, daß das Zusammenleben männlicher erwachsener Personen in den Pubertätsjahren und darüber hinaus in sittlicher Beziehung zu bedenklichen Erscheinungen führt. Ich erinnere an die Kaserne, ich erinnere an das verdienstvolle Werk, das Herr Pfarrer Wagner über die Sittlichkeit auf dem Lande veröffentlicht hat, eine Reihe Monographien über Sittenzustände in allen Provinzen und allen Bundesstaaten Deutschlands. Er redet dort auch über die Sittenverderbnis, die infolge des Zusammenlebens der Soldaten in der Kaserne verbreitet und dann aufs Land hinausgetragen wird. Ich erinnere an das Zusammenleben der Soldaten auf den Kriegsschiffen usw. Hier gibt man also ohne weiteres die Bedenklichkeit zu. Warum soll es schließlich in den Internaten anders sein? Aber das ist es nicht allein, was mich bedenklich stimmt. Diese Schäden liegen sich (immer vorausgesetzt, daß man die besten Kräfte, die man finden kann, zu Volksbildnern heranholt und alles ausmerzt, bei dem sich schon zeitig zeigt, daß es untauglich ist) vielleicht noch am leichtesten beseitigen. Das Internat bekämpfen wir hauptsächlich deswegen, weil wir glauben, daß die jungen Leute, die dazu lernen sind, einmal die Jugend des Volkes zu erziehen, Lebenserfahrung haben müssen, die sie sich nur erwerben im unmittelbaren Umgang und im beständigen Verkehr mit den breiteren Volksschichten. Man kann Familien finden, wo diese jungen Leute, wenn sie ihre Eltern nicht am Plage des Seminars haben, untergebracht werden können, einmal unter guter Aufsicht sind und andererseits die Möglichkeit haben, das Leben nach allen Richtungen hin kennen zu lernen. Reicht den Eltern etwa das Geld dazu nicht, ihre Kinder in solchen Privatpensionaten unterzubringen, wo die Voraussetzungen für Gewinnung von Lebenserfahrung gegeben sind, dann steht m. E. gar nichts im Wege, im Dienste einer guten Jugenderziehung auch hier den Staatsfiskus heranzuziehen und an den Staatszuschuß zu appellieren. Wir sind, nicht bei uns in Baden (die Bundesstaaten haben ja immer sehr farge Mittel), aber z. B. im Reich mit den Reichsgeldern gar nicht so bescheiden und zurückhaltend, wenn es gilt, große Summen auszugeben. Ich erinnere mich, daß wir z. B. bei der Kolonialdebatte im Reichstage erfahren haben, daß man drüben in Südwestafrika und Ostafrika den Eltern, die ihre Kinder in eine etwas entferntere Schule geben, bis 400 M. Pensionsbeitrag für das Kind zahlt; obendrein ist der ganze Schulunterricht und die ganze Schulunterhaltung noch vollständig umsonst. Wenn man das in den Kolonien tut und den wenigen Kindern der Leute gegenüber, die in die Kolonien hinüberziehen, warum sollen wir unsere Heimat vernachlässigen und sollen bei uns hier zu Hause schließlich vor ein paar Mark zurückschrecken, die dazu beitragen können, eine tüchtige Lehrerausbildung herbeizuführen? Wie gesagt, gegen die Internatserziehung müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden. (Abg. Dr. Frank und Kolb: Wir nicht! — Große Heiterkeit.) Ich weiß nicht, wie weit meine Kollegen Dr. Frank und Kolb anderer Meinung sind; bisher war in unserer Fraktion hierin Uebereinstimmung. Ich habe im vorigen Landtage noch die Meinung unserer gesamten Fraktion

899: det" führt da- den sagt herr chen im chem Der tiefer aus- stliche im über sehe genau lles, e, sei nicht und stelle 870: chts, ent- theit gen, von sion das Man end- gnen rem, hlag, ffen. rüh- unnte ver- Bor- it zu die r in nben die legen Herrn die lange Schul- rung noch Herr arfen For- der as in Nach erten der d die 803 l er- 803 In

nach der Richtung hin vertreten (Zuruf aus dem Zentrum: Sie sind eben umgefallen. — Große Heiterkeit). Möglich, es sind Umfälle auch bei uns einmal möglich (Große Heiterkeit; Abg. Dr. Zehnter: Bei der Landwirtschaftskammer auch!). Wir wollen doch die Landwirtschaftskammer hier nicht hereinziehen! Da sind wir nicht umgefallen, da haben wir nur zu Ihrem Aerger sog. praktische Politik getrieben, während Sie uns sonst immer vorwerfen, daß wir keine praktische Politik treiben!

Lassen wir also die Landwirtschaftskammer und gehen wir wieder zu unserer Schule über! Ich stehe auf dem Standpunkte, daß die Antwort, die der Herr Staatsminister auf den Antrag der Herren Demokraten (der auch von unserer Seite teilweise unterschrieben worden ist), in den Seminarien die einseitig konfessionelle Erziehung, soweit sie noch besteht, zu beseitigen, gegeben hat, nicht genügt. Der Herr Minister hat zugegeben, daß in drei Seminaren noch streng konfessionelle Erziehung besteht, und er hat das damit zu erklären versucht, daß die historische Entwicklung das mit sich gebracht habe. Er hat dann gemeint, es rechtfertige sich das ja auch deshalb, weil vor allem in Meersburg wohl hauptsächlich katholische Aspiranten in das Seminar eintreten, also ein Bedürfnis zu einer gemischten Religionserziehung überhaupt nicht vorliege. Der Herr Staatsminister hat sich dabei auch abfällig über eine Bemerkung ausgesprochen, die der Herr Kollege Thrig in bezug auf einen Fall machte, der in Meersburg sich ereignet hat. Ich will mich nun nicht in den Streit zwischen Katholiken und Protestanten einmischen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß da von beiden Seiten gesündigt werden kann und gesündigt wird. Hier in diesem Falle handelt es sich nach den Mitteilungen des Herrn Kollegen Thrig darum, daß der Vorsteher der Anstalt einen Ausfall gegen den protestantischen Verfasser eines Lehrbuches gemacht haben soll; der Herr Minister hat diese Beschwerde damit zurückgewiesen, daß er sagte, es sei doch sehr unangebracht, erst die Lehrer anzuhören und dann hier im Landtage unkontrollierbare Geschichten vorzubringen. Ich weiß nicht, warum der Herr Minister in dieser schroffen Weise die Ausführungen des Herrn Kollegen Thrig zurückgewiesen hat. Wenn man solche Uebergriffe Einzelner erfährt, ist m. E. der Landtag die richtige und geeignete Stelle, an der sie vorgebracht werden können; wenn die Kritik der Öffentlichkeit hier im Landtage an der berufenen Stelle einsetzt, dann werden sich die Herren etwas mehr Beschränkung auferlegen. Die Uebergriffe werden allerdings nicht ausbleiben, solange wir nicht die interkonfessionelle Erziehung, solange wir nicht die simultane Erziehung auch in den Seminaren haben. In Hessen, wo eine simultane Volksschule nicht besteht, sind die Seminare simultan, während bei uns, die wir nach dem Schulgesetze eine Simultanschule haben, noch konfessionelle Lehrerseminare vorhanden sind. Mir scheint da der heftige Standpunkt der weit richtigere zu sein. Selbst unter der Voraussetzung, daß man draußen immer noch konfessionelle Schulen hätte, müßte doch die Erziehung der Lehrer nicht einseitig konfessionell sein, schon um den Frieden zwischen den Konfessionen nicht zu stören und den Erziehern der Jugend von vornherein die Toleranz einzuprägen. Der ideale Zustand, den wir uns wünschen, ist ja der völligen Trennung von Schule und Kirche. Der Lehrer soll überhaupt nichts mehr mit dem Religionsunterrichte zu tun haben, und der Religionsunterricht soll auch nicht mehr innerhalb der Schule erteilt werden sondern ganz unabhängig von der Schule, ganz außerhalb der Schule, und ganz frei für diejenigen Eltern, die ihre Kinder in den Religionsunterricht schicken

wollen. Wir haben ja einen solchen Zustand in Baden zum Teil. Es ist leider noch viel zu wenig bekannt, daß die Möglichkeit besteht, die Kinder ohne weiteres aus dem Religionsunterrichte zu nehmen.

Wenn wir so für eine gute Lehrerbildungsmöglichkeit in den Seminaren sorgen wollen, dann hätte die Grobsh. Regierung vor allem Veranlassung, im Hinblick auf den Lehrermangel für genügend Anwärter für den Lehrerberuf zu sorgen. Und da komme ich nun trotz des Wunsches des Herrn Präsidenten, die Einreichung der Lehrer in den Gehaltstarif nicht zu berühren, doch wenigstens mit ein paar Worten auf diese Frage zu sprechen. Ich weiß nicht, ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, diese ganze Frage hier überhaupt zu behandeln. Wenn wir dann an den Gehaltstarif kommen und die Lehrer nicht in den Gehaltstarif eingereiht sind, dann kann man uns möglicherweise sagen: Die Lehrer haben doch gar nichts damit zu tun, sie stehen gar nicht im Gehaltstarife. (Abg. Dr. Obkircher: Im Berichte wird diese Frage behandelt!) Dann gebe ich allerdings zu, daß die Möglichkeit besteht, die Frage dann immer noch eingehend zu behandeln, und will mich auf ein paar Worte beschränken. Die Grobsh. Regierung hätte wirklich etwas mehr Lust und Liebe zeigen sollen, den Lehrern auch in materielle Beziehung gerecht zu werden, damit der Andrang zum Lehrerberuf sich verstärke. Die Einreichung in den Gehaltstarif jetzt bei dieser großen Umwälzung scheint mir doch eine so selbstverständliche Sache zu sein, daß man eigentlich nicht mehr darüber zu reden braucht. Und daß damit eine Einkommenserhöhung verbunden sein muß, jetzt in diesem Augenblicke, wo man in ganz Deutschland in allen Bundesstaaten und im Reichstage, infolge der Teuerung alle Beamten erheblich aufbessert, das ist auch selbstverständlich. Aber die Grobsh. Regierung hat, wie ich schon sagte, nach der Richtung hin so wenig Lust und Liebe gezeigt, daß ich das Gefühl nicht los werde, daß sie die Volksschule zu nieder bewertet, daß sie überhaupt auf unsere Volksschule nicht die nötige Sorgfalt verwendet. Würde es sich um Mittelschulen, um Hochschulen, um Professorengehälter handeln — ich bin wirklich davon überzeugt, und der Herr Staatsminister darf es mir nicht übel nehmen, daß ich dieser Empfindung hier Ausdruck gebe — dann würde man nicht so viele Minuten notwendig haben, um die entsprechenden Wünsche durchzuführen, wie hier Tage gebraucht worden sind, um die Wünsche der Volksschullehrer immer und immer wieder vorzubringen, ohne auch nur einen Schritt vorwärts zu kommen. Ich erinnere mich, daß wir in der Budgetkommission dieses Hauses i. Zt. die Frage erörtert haben, wie ein gewisser Spielraum geschaffen werden könne, um einzelne hervorragende Kräfte an den Hochschulen zu halten, und daß da gesagt wurde, daß man mit der Dotierung solcher Stellen nicht sparen dürfe, wenn man sich diese Kräfte nicht vor der Nase wegnehmen lassen wolle. Die Professoren in allen Ehren! Ich bin gewiß ganz damit einverstanden, daß man so verfährt, aber die Volksschullehrer sind nicht minder wichtig, denn hier steht die ungeheure Masse des Volkes, hier steht unsere Jugend auf dem Spiel, die auf die Volksschullehrer angewiesen ist. Wozu also diese Aengstlichkeit? Wozu dieses fortdauernde Sträuben gegen die Wünsche der Lehrer, wo es sich doch um so einfache Dinge handelt, daß man meines Erachtens gar nicht mehr darüber zu reden braucht?

Die ganze Tendenz geht ja dahin, daß die Schule mehr und mehr zur Staatsanstalt werden muß. Heute ist sie noch ein Zwitterding, halb ist die Schule Gemeindeanstalt, zur anderen Hälfte wird sie Staatsanstalt schon dadurch, daß der Staat teilweise Mittel dazu herabgibt, daß er die Volksschulordnung, das Volksschulgesetz er-

lassen hat, daß er überhaupt auf die Organisation der Schule seine Hand legt. Warum nun nicht den letzten Schritt tun, warum nicht aus der Schule eine reine Staatsanstalt machen, bei der, unbeschadet des Charakters einer reinen Staatsanstalt, den Gemeinden in den örtlichen Volksschulräten ein gewisses Aufsichtsrecht gegeben werden kann? In den Amtsbezirken und in den Kreisen haben wir ja auch eine gewisse Selbstverwaltung; der Regierung würde es aber wohl nicht einfallen, zu sagen, unsere Bezirksämter sollen Gemeindeanstalten sein, die von den Gemeinden abhängen und unter Umständen auch von den Gemeinden zu dotieren sind. Ebenso könnten wir in unseren örtlichen Schulverwaltungsorganen sehr wohl Organe haben, die der Regierung zur Seite stehen. Aber dem materiellen, dem geschlichen Verhältnis nach soll die Schule Staatsanstalt sein.

Wenn man aber auf dem Boden dieser Forderung steht, dann gibt es überhaupt keine Frage mehr darüber, daß der Lehrer Staatsbeamter und daß er als solcher in den Gehaltstaxen einzureihen ist. Die Frage, ob dann die städtischen Zuschüsse wegfallen, ist eine untergeordnete Frage, die ich heute gar nicht berühren will und für die sich schon eine Lösung findet.

So lange wie ich weiß, redet man in Baden von Lehrermangel. Würden wir aber in der Richtung, die ich dargelegt habe, etwas rascher vorwärts gehen, dann würde dieser Lehrermangel ziemlich rasch verschwinden, und wir kämen dann vielleicht in die glückliche Lage, eine gewisse Auswahl unter den Lehrern treffen zu können. Infolge des Lehrermangels, den ich vorhin zahlenmäßig nachgewiesen habe, kommen wir, um nur einigermaßen die vor zwei Jahren beschlossene Schulreform durchführen zu können, heute dazu, „Kombinationsklassen“ zu bilden, in deren Beurteilung ich mit den Herren Kollegen Duffner und Schüler und ebenso mit dem Herrn Staatsminister und den anderen Rednern, die dazu gesprochen haben, einig gehe. Kombinationsklassen können selbstverständlich nicht etwa ein Idealzustand sein; sie sind nur ein Nothelfer, der so rasch wie möglich durch geordnete Einrichtungen ersetzt werden muß. Auch hier wiederum die Forderung: Mehr Lehrer! Erst dann werden auch die Mißstände der Kombinationsklassen wegfallen.

Wenn aber einmal mehr Lehrer vorhanden sind, dann fällt natürlich auch die Ueberlastung der Lehrer, und damit auch die Voraussetzung für einen anderen Mißstand in der Schule weg. Wir haben einen Antrag eingebracht, der dahin geht, das Züchtigungsrecht in der Schule so zu gestalten, daß die Prügel ganz aus der Volksschule entfernt werden. Unser Antrag hat keine Tendenz gegen die Lehrer; er darf nicht so aufgefaßt werden, als ob wir damit den Lehrern einen Vorwurf machen und sie gewissermaßen als Prügelpädagogen hinstellen wollten. Wir geben ohne weiteres zu, daß, solange noch die Möglichkeit besteht, daß in der Schule geprügelt werden darf, der Lehrer bei seiner starken Ueberlastung und bei dem reichen Kindermaterial, das er so wenig individuell behandeln kann, sehr leicht in die Lage kommt, über das erlaubte Maß hinauszugehen und vom Stock auch einmal in einer Weise Gebrauch zu machen, wie sie von meinem Freunde Krüger an einigen Beispielen geschildert worden ist. Hier hilft nun — auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen, solange noch ein Lehrermangel besteht — gar nichts weiter als das strikte Verbot des Stockes in der Schule überhaupt. Wenn der Stock einmal schlechthin verboten ist, dann kann der Lehrer, selbst wenn er bei seiner derzeitigen Ueberlastung einmal im Zorn ist, wenigstens nachher nicht entgleiten, es kann ihm wenigstens nicht passieren, daß er über das

erlaubte Maß hinausgeht. Wir geben zu, daß die Grobregierung in dieser Beziehung schon entgegengekommen ist; auf die Interpellation hin, die i. Zt. anlässlich des Bröhringer Schulmißhandlungsfalles von uns eingebracht worden war, ist ein Erlass ergangen, durch den die Anwendung des Stockes gegen Mädchen und Knaben bis zu einem gewissen Alter verboten ist. Aber das genügt nicht; unseres Erachtens muß der Stock vollständig aus der Volksschule entfernt werden.

Nun kommen der Herr Kollege Neuwirth und — zu meinem lebhaften Bedauern und zu meiner Ueberzeugung — auch der Herr Kollege Fritze und sagen: Man müsse in der Schule weiterprügeln! Der Herr Kollege Neuwirth hat sich dazu vertrieben, den Satz auszusprechen, daß wir, wenn wir die körperliche Züchtigung ganz abschaffen wollten, in einen gewissen „Humanitätsdusel“ verfallen könnten; um eigen Trumpf gegen unseren Antrag auszuspielen, hat er schließlich noch gesagt, wenn einer Landbürgermeister sei, könne er es (wie er es schon erlebt habe) auch erleben, daß der Alte zum Bürgermeister komme und über die Prügel klage, die er von seinem Sohn bekommen habe. „Sehr richtig! und Heiterkeit“ heißt es im amtlichen Bericht. Das ist doch keine Ursache, aufzulachen, und noch viel weniger ist Ursache, „Sehr richtig“ zu rufen, wenn solche Ausführungen gemacht werden! Wenn es vorkommt, daß Söhne ihre Väter prügeln, dann zeugt das von einem Grade der Verrohung, der wesentlich auch dadurch verschuldet ist, daß vorher die Eltern ihre Kinder geprügelt und mißhandelt haben, und daß in der Schule geprügelt worden ist (Zuruf). Die Verrohung wird aber nicht etwa dadurch beseitigt, daß man dann weiterprügelt und den „Humanitätsdusel“, wie es der Herr Kollege Neuwirth genannt hat, nicht einführt, die Verrohung wird dadurch beseitigt, daß man die Schule den guten Anfang machen läßt, daß man bei ihr damit anfängt, die Prügel, die zur Verrohung führen und das Ehrgefühl ertöten, zu entfernen. Das ist der richtige Weg, Herr Kollege Neuwirth, und nicht etwa der umgekehrte: ruhig weiter und vielleicht nur noch etwas kräftiger zu prügeln als bisher. Ich weiß ja, daß ich da bei Ihnen tauben Ohren predige, und weiß auch, daß Sie hierin jetzt immer noch einen guten Teil unserer Landbevölkerung, vielleicht auch der städtischen Bevölkerung, für sich haben. Ich habe ja selbst bei jener Gerichtsverhandlung, die den Anlaß zu unserer Interpellation über die Prügelei in Bröhringen gab, aus dem Kreise der Geschworenen, die über den schuldigen Lehrer abzuurteilen hatten, die Bemerkung gehört: „Nur feste draufgewesen, wenn einer unartig ist; mit einem Rohrstock kann man niemanden totschlagen“. Das sind Urteile aus dem Volke heraus, die höchst bedauerlich sind, die wir aber nicht durch solche Aeußerungen, wie sie der Herr Kollege Neuwirth getan hat, unterstützen, die wir vielmehr auf das allerentschiedenste bekämpfen sollten.

Es ist zuzugeben, daß in Elternkreisen, in der Familie noch sehr stark geprügelt wird; in 10 Proz. der Fälle vielleicht aus purer Rohheit; in 90 Proz. der Fälle, wo geprügelt wird, ist aber wohl das soziale Elend derjenigen schuld, die ihre Kinder prügeln und in roher Weise prügeln, jenes soziale Elend, das alles Gefühl ertötet, und das in dem Kinde gewissermaßen nur den kommenden Gehilfen für die Arbeit oder den überflüssigen Teil in der Familie erblickt, der im Wege ist und nur die Last noch erhöht, die die Eltern zu tragen haben. Wenn wir hier in der Schule zunächst einmal anfangen, und wenn wir uns fortdauernd bemühen, erzieherisch auch nach außen zu wirken, und wenn wir vor allen Dingen — das ist ja das Alpha und Omega aller Reform — nicht etwa bei den Reden und bei einer guten Schule stehen bleiben,

sondern wenn wir auch helfen, die soziale Lage im allgemeinen zu heben, dann werden wir schließlich auch dazu kommen, daß in den Elternkreisen immer weniger und weniger geprügelt wird, und daß an Stelle der Knochheit, an Stelle jener Erziehung, die das Ehrgefühl ersticken und töten muß, eine Erziehung tritt, wie wir sie haben wollen. Lernen wir doch von Oesterreich! In Oesterreich ist durch § 82 der Unterrichtsordnung die Anwendung der körperlichen Züchtigung verboten. Was Oesterreich kann, ein Staat, den wir noch in weiten Teilen als halbkultiviert bezeichnen, das sollte doch wahrhaftig auch bei uns möglich sein (Zuruf aus dem Zentrum). Ich sage: in einem Teile. Dazu gehört schließlich nicht der Teil, in dem unsere Bewegung große Fortschritte gemacht hat (Oh! im Zentrum). Nein, nein! Vielleicht jener Teil, wo die konfessionellen Kämpfe bei der studierenden Jugend gegenwärtig wieder so heftig entbrannt sind, daß wir täglich Berichte darüber in den Zeitungen finden.

Ich bitte also die Grobsh. Regierung nochmals, es nicht bei dem glatten Rein zu belassen, sondern noch einmal in Erwägungen darüber einzutreten, ob sich nicht doch ein Schritt weiter gehen lasse über jenen Erlass hinaus, den ich anerkennenderweise begrüße, für den wir ja dankbar sind, weil dadurch schon etwas gebessert ist. Ich bitte zu erwägen, ob sich nicht die Prügelstrafe ganz aus der Volksschule entfernen läßt. Man kommt und sagt: „Mit der Mittelschule läßt sich ja die Volksschule nicht vergleichen. In der Mittelschule schicken wir den Schüler einfach fort, wenn er nichts taugt, oder wir geben ihm eine schlechte Note; daheim bekommt er umso mehr Prügel von den Eltern.“ Ich glaube das nicht. Es ist nicht so schlimm mit den Prügeln durch die Eltern, wenn ein Schüler aus der Mittelschule einmal schlechte Noten heimbringt, oder es sind eben dann auch solche Eltern, die zu wünschen übrig lassen. Die Schülerelbstmorde, die wir jetzt in der neuesten Zeit so vielfach erlebt haben, weisen eher auf ein überspanntes, als auf ein abgestumpftes Ehrgefühl hin, und es will mir scheinen, als ob man in der Schule gerade auf Grund dieses gesteigerten Ehrgefühls sehr leicht ohne jede Prügel, nur mit der ruhigen Einwirkung auf die Kinder selbst, durchkommen könnte.

Wenn man nun in der Volksschule rohe Kinder hat — ich gebe das ohne weiteres zu —, die aus Kreisen kommen, in denen von Erziehung nicht die Rede sein konnte, die auf der Strafe aufgewachsen sind, die aufgewachsen sind ohne jeden elterlichen Schutz, so glaube ich, gibt es doch Mittel, die auch hier eine Erziehung, eine Disziplin möglich machen, ohne daß der Stock angewendet und geprüft wird. Ich weiß aus meiner eigenen Schulzeit noch, daß jeder Schlag mit dem Stock die Kinder nur noch verstockter macht, die Kinder zum Lügen anreizt, den Kindern das Ehrgefühl stückweise aus dem Leibe reißt. Ich selbst bin ja nicht in die Lage gekommen, in meiner Jugend viel geprügelt zu werden. (Geister im Zentrum). Aber ich habe bei einem alten Kantor, der der ganz alten Schule angehörte, einen guten Teil meiner Schulzeit verlebt, bei einem Lehrer, der stark und fest geprügelt hat. Ich erinnere mich noch, welche raffinierten Pläne die Schulkinder auf Grund dieser Prügelei dann ausgearbeitet haben, erstens einmal um den Lehrer für die Prügel zu ärgern, andererseits um sich davor zu schützen, erneute Prügel zu bekommen. Das wirkt absolut nicht gut auf den Charakter der Kinder. Ich bekam dann in den letzten Jahren in der Volksschule einen anderen Lehrer, bei dem der Stock ein unbekanntes Möbel war, ein Mann, der die Kinder lediglich vor der ganzen Klasse ermahnte. Es waren Kinder aus einer Arbeiterstadt, aus Chemnitz, bei denen man gewiß nicht davon reden kann, daß sie schon von Haus aus die beste Erziehung

hätten, denn die Eltern gehen vom frühen Morgen bis zum späten Abend in die Fabrik. Ich kann Ihnen aber sagen, daß jene Ermahnungen, daß allein das Auftreten dieses nichtprügelnden Lehrers einen viel, viel besseren Eindruck gemacht haben als das Prügeln meines alten Kantors, der wie gesagt aus der ganz alten Schule war, und bei dem es überhaupt nichts anderes gab als den Stock, der jeden Augenblick Anwendung fand. (Abg. Birkenmayer: Gört, hört!).

Wenn die Grobsh. Regierung hier vorgeht, dann lassen sich vielleicht auch die prügelnden Diener der göttlichen Liebe dadurch beschämen und kommen dazu, den Stock aus der Religionsstunde zu verbannen. Leider muß man konstatieren, daß nicht nur in der Schule, sondern daß auch in der Religionsstunde geprügelt wird, und da scheint es mir noch viel, viel unangebrachter zu sein als in der Schule selbst.

Ich hätte noch eine Reihe weiterer Wünsche. Ich will aber auf Einzelheiten heute nicht eingehen. Nur einen Wunsch möchte ich noch äußern, ehe ich auf die Petition einträte, die ja den wesentlichsten Bestandteil der Diskussion über die Volksschule ausmacht, den Wunsch, daß die Grobsh. Regierung Mittel suchen möge, einer Weiterentwicklung des sog. Bürgerschulwesens in den Städten entgegenzuwirken. Das Ideal einer guten Volksschule ist die Einheitschule. Wir streben ja alle darauf hin, daß möglichst nur eine große Schulanstalt, eine organisch verbundene große Schulanstalt vorhanden ist, in der die Kinder nach ihrem Talent und ihren Fähigkeiten von unten, von der Elementarschule aus, in die wissenschaftlichen Lehranstalten hinaufsteigen können. Nun haben wir ja diese Organisation nicht. Man fängt aber an, die jetzige Klassenteilung der Schule, Volksschule, Mittelschule usw., noch weiter zu zersplittern durch die Einrichtung, die in größeren Städten getroffen wird, neben der Volksschule sog. Bürgerschulen zu schaffen, die Schulgeld erheben, während die Volksschule unentgeltlich ist, in denen aber kein anderer Unterrichtsplan vorwaltet als in der Volksschule selbst. Nur dadurch, daß für diese Schule Schulgeld bezahlt werden muß, daß dadurch die Kinderzahl weit geringer ist, daß man die besseren Lehrer für diese Schule herausucht, nur dadurch unterscheidet sie sich von der Volksschule. Die Einrichtung dient nur zur Verhärfung der Massengegensätze und Klassendifferenzen, die im Schulwesen überhaupt bestehen. (Zuruf: Französischer Unterricht!) Das Französische sollte man auch in den oberen Klassen der Volksschule einrichten. (Abg. Siffert: Sehr richtig!) Wir haben in Berlin meines Wissens in den oberen Volksschulklassen fakultativen französischen Unterricht. (Zuruf: In Heidelberg auch! Abg. Hria: In Mannheim obligatorisch! Der Präsident bittet, die Zwischenrufe zu unterlassen.) Ich höre von allen Seiten, daß das auch schon in Baden fakultativ besteht, in Mannheim obligatorisch, also besteht gar kein Grund mehr, solche Bürgerschulen zu schaffen. Die Absicht geht dahin, die Kinder des Mittelstandes, der besitzenden Kreise, abzusondern von den Arbeiterkindern; die Volksschule soll ganz zur Armutsschule werden! Da sollen die Kinder der Proletarier sitzen, die schmutzigen, schlechtesten Kleiden, schlechter genährten Kinder der Arbeiter! In den Bürgerschulen will man keine Kinder nicht durch Proletarierkinder „verderben lassen“, man will sie von ihnen absondern, die Kinder aus der besser situierten Schicht der Bevölkerung sollen unter sich sein. Eine solche Verhärfung der Massengegensätze, die außerordentlich verbitternd wirken muß, sollte die Grobsh. Regierung nicht unterstützen; sie sollte mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen, im Notfall durch Gesetzesänderung, der Schaffung solcher Bürgerschulen entgegenarbeiten!

Diese Spaltung der Schule hat, abgesehen von der Verschärfung der Klassengegensätze, auch noch eine sehr große Bedeutung für die Entwicklung unseres Volksschulwesens. Ich habe früher hier schon einmal ausgesprochen, und die Herren, die sonst Anhänger der heutigen Schulorganisation sind, konnten mir darin nicht widersprechen, daß, wenn die Kinder aller Kreise, auch die der Besitzenden, bis zum 14., 15. Jahr die Volksschule besuchen müßten, von Seiten der besitzenden Klassen eine ganz andere Fürsorge für die Volksschule entwickelt werden würde, als das heute der Fall ist. Solange man in der Lage ist, wenn man Geld hat, seine Kinder mit 10 Jahren in die Mittelschule zu schicken, auch vom Lande in die Stadt zu schicken und dort in Pension zu geben, solange man, wie in Mannheim, Pforzheim usw., in der Lage ist, seine Kinder in Bürgerschulen zu schicken, damit sie nicht neben den Arbeiterkindern zu sitzen brauchen, so lange haben diese Kreise kein Interesse an der Volksschule! Wir kommen im Gegenteil mehr und mehr dazu, daß immer weitere Kreise sich die Anschauung zu eigen machen, welche in der Petition zum Ausdruck gekommen ist, daß es für das Volk genüge, wenn es einigermaßen lesen, rechnen und schreiben kann, alles andere sei Dunst und Glitter, der für die Kinder des Volkes keine Bedeutung habe.

Nach diesen Bemerkungen will ich nun mit ein paar Worten auf die Petitionen eingehen und auf die Anträge, die von der Zentrumsparthei dazu gestellt worden sind. Der Herr Staatsminister hat sich am vergangenen Samstag zusammenfassend zu den Anträgen des Zentrums geäußert. Ich bedaure, daß er mehrfach dem Zentrumsantrag schon viel zu sehr entgegenkam. Nur in einer einzigen Forderung gab es ein glattes Nein, sonst hat der Herr Staatsminister überall wenigstens Erwägung zugefagt oder gemeint, es sei das alles gegenwärtig schon möglich, der Oberschulrat, die Kreisräte würden, wenn nötig, dafür sorgen, daß die Wünsche der Petenten und der Herren vom Zentrum mehr und mehr berücksichtigt werden. In einigen dieser Forderungen gehen auch wir mit den Zentrumsanträgen und den Petitionen Hand in Hand, beispielsweise in der Forderung, die Ueberstundenkosten auf die Staatskasse zu übernehmen. Es ist das ja auch der Antrag des Herrn Kollegen Burkhard, über den ein besonderer Bericht erstattet ist. Bei unserer prinzipiellen Stellung, die der Herr Staatsminister schon erwähnte, daß die Schullasten ganz auf den Staat zu übernehmen sind, darf es Sie nicht wundern, daß wir selbstverständlich diesen Antrag unterstützen, sowohl diesen Antrag wie auch die Wünsche und Forderungen, mehr zu tun, um die Gemeinden bei Schulhausbauten zu unterstützen und den Gemeinden zu helfen, wenn sie ihre Schule verbessern wollen. Solange nicht die Einrichtung getroffen ist, daß die Schule Staatschule ist, werden wir jeden Antrag, jede Forderung unterstützen, welche die Tendenz hat, mehr und mehr die Schullasten von den Gemeinden auf den Staat abzuwälzen.

Der Herr Staatsminister hat gesagt, er ziehe schließlich noch den glatten Weg unserer Forderung vor, wenn die Frage gelöst wäre, woher das Geld für die Kosten zu nehmen sei. Einfacher, das gibt der Herr Staatsminister zu, ist unsere Forderung gegenüber der außerordentlich verworrenen, hier und da drückend wirkenden jetzigen Berechnungsweise, die immer und immer wieder zu Unzufriedenheit führt. Unsere Forderung der glatten Uebernahme der Schullasten auf den Staat ist die denkbar einfachste Lösung der Frage. Es bleibt noch die Frage der Aufbringung der Kosten. Die Aufbringung der nötigen Mittel ist sehr einfach (Sicherheit im Zen-

trum). Sie werden jetzt aufgebracht durch Gemeindegeld, und sie werden dann aufgebracht werden durch Staatssteuer. Das ist eins wie das andere; in der Summe bleibt es sich gleich. Ob ich zwölf Millionen aus dem Gemeindegeld oder zwölf Millionen aus dem Staatsfädel nehme, die Summe wird nicht größer. Der Unterschied ist nur der: Nehme ich zwölf Millionen aus dem Gemeindegeld, so begehe ich eine Ungerechtigkeit gegenüber den Gemeinden, während, wenn ich sie aus dem Staatsfädel nehme und durch Staatssteuern decken lasse, ich einen Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit begehe, das heißt, die ländlichen Gemeinden etwas günstiger stelle auf Kosten der großen Steuerkapitalien der großen Städte. Wie liegen die Dinge heute? Wir haben in den großen Städten zufolge der großen Mittel gute Volksschulen, erweiterten Unterricht, anständig bezahlte Lehrer, wir haben in einer Reihe von städtischen Schulen Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, teilweise auch körperliche Stärkung der Kinder durch Verabreichung von Milch usw. Das ist alles sehr zu begrüßen. Die Klagen über die Schule in den Städten sind daher auch wesentlich geringer als draußen auf dem Land.

Draußen auf dem Land, wo unsere Kinder schlechtere Schulen haben, weniger und schlechteren Unterricht, wo die Schuleinrichtungen bei weitem nicht so gut sind wie in der Stadt, wo in zahllosen Fällen noch Schulgeld erhoben wird, wo vielfach hohe Umlagen bezahlt werden, meist höhere als in der Stadt, drücken dagegen die Schullasten viel härter als in der Stadt; besonders bei kleinen Gemeinden können sie oft außerordentlich drückend werden. Eine neues Schulhaus belastet eine Gemeinde oft auf Jahre hinaus. In einem Orte meines Wahlkreises ist ein neues Schulhaus gebaut worden, ein prächtvolles Gebäude. Man freut sich darüber, aber es kostet 134 000 M. Es ist eine Arbeitergemeinde, Cutingen bei Pforzheim, die keine großen Steuerkapitalien hat. Die Summe wird die Gemeinde schwer belasten und lange auf den Umlagefuß drücken. Wenn in der Stadt bei den großen Steuerkapitalien Schulhäuser gebaut werden, die auf Anlehen gehen, so drückt das bei weitem nicht so auf den Umlagefuß wie bei einer ländlichen Gemeinde.

Nun ist aber die Schule Staatsache, sie ist gar nicht Sache der Gemeinden; wie es den Gemeinden gar nicht einfällt, sich um die Ausbildung der Soldaten zu kümmern, denn das ist Sache des Staates, so ist auch der Schulunterricht Sache des Staates. Bei den jetzigen Verhältnissen sind die Lasten größtenteils von den Gemeinden zu tragen; falls der Staat die Kosten übernimmt, würden die ärmeren Gemeinden etwas besser wegkommen, da andere leistungsfähige Gemeinden etwas mehr zu diesen Kosten herangezogen werden. Ich glaube ja wohl, daß diese Forderung nicht so rasch durchzuführen sein wird, aber es wäre doch sehr gut, wenn sich die Grobregierung mit dem Gedanken mehr vertraut machen würde, und wenn sie ankündigt, daß in zwei Jahren eine Reform dieser ganzen Deckungsfrage durchgeführt werden soll, da wäre sehr wohl der Gedanke zu erwägen, ob man nun nicht auch den letzten Schritt gehen soll, indem man die Schule auch nach der Richtung zur Staatschule macht, daß man die Lasten auf den Staat übernimmt. Es ließen sich damit, wie gesagt, auch eine Reihe anderer Vorteile erreichen, die heute in den Landgemeinden nicht erreicht werden können, weil die Mittel fehlen. Wie oft habe ich schon gehört, es würde eine Gemeinde gern einen weiteren Lehrer verlangen, aber das koste Geld, wie oft habe ich nicht schon mitgeteilt bekommen, daß eine Gemeinde ihre Schule erweitern und ein paar neue Schulzimmer bauen möchte; so hat man sich zum Beispiel auch bei dem

Schulhausneubau in Gutingen darum gestritten, ob man in der Schule eine Uhr anbringen und ein Bad einrichten soll, was ja eigentlich ganz selbstverständliche Dinge sind. Beim Staat kommt es auf eine so kleine Summe nicht an, er kann besser verfahren und reichere Mittel flüssig machen, um solchen armen Gemeinden zu helfen, die sich das Notwendige verschaffen müssen.

Nun ist weiter in dem Antrag der Zentrumsparlei und in der Petition verlangt, daß der Turnunterricht möglichst eingeschränkt werde, daß man dort die Kinder davon entbinde, wo gewisse Schwierigkeiten entstehen, besonders die Hirtenkinder auf dem Schwarzwald. Mir scheint, daß der Herr Staatsminister in der Frage des Turnunterrichts den Petenten schon zu weit entgegen gekommen ist. Es ist meines Erachtens nicht richtig, wenn gesagt wird, schwer arbeitende Kinder brauchten nicht mehr zu turnen, denn das Turnen ist nicht gleichbedeutend mit körperlicher Arbeit. Das Turnen, ich brauche darüber gar keinen großen Vortrag zu halten, dient einer ganz anderen Entwicklung des Körpers wie angreifende Arbeit. Es wird mit Recht behauptet, daß die physischen Leistungen bei dem Turnen auch einen psychologischen Erfolg haben, daß es das Selbstbewußtsein, das Selbstvertrauen der ihre Körperkraft beim Turnen entwickelnden jungen Leute stärkt. Auf der anderen Seite aber finden wir, daß die Anstrengung bei der körperlichen „Arbeit“ die entgegengesetzte Wirkung hat, daß sie den Menschen niederdrückt, ihn müde macht und nichts weniger als das Selbstbewußtsein fördert.

Wenn ich also wünschen möchte, daß der Turnunterricht in keiner Weise in den Schulen irgendwie eingeschränkt wird, dann möchte ich auch die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, auch ein Wort zu sagen über das Verhalten des Großh. Oberschulrats gegenüber den Arbeiterturnvereinen. Es besteht dort die Einrichtung, daß die jungen, der Schule erwachsenen Leute in diesen Turnvereinen als Zöglinge im Turnen weitergebildet und geschult werden. Wir hatten die Einrichtung und mein eigener Sohn nahm an einem solchen Zöglingkurs teil, daß bei fast allen Turnvereinen, nicht bloß bei den Arbeiterturnvereinen, sogenannte Zöglingsskurse eingerichtet waren, in denen der Schule erwachsene junge Leute teilnahmen und sich ausbildeten. Da hat auf einmal der Oberschulrat die Teilnahme an solchen Turnstunden verboten. Ich habe hier einen Erlaß vom 3. März 1902, in dem es heißt: „Unter keinen Umständen aber kann eine Beteiligung an Vereinen gestattet werden, von denen anzunehmen ist, daß sie neben der Pflege des Turnens und der Musik auch parteipolitische Zwecke verfolgen.“ Nun hat man diesen letzten Schlußsatz auf die sozialdemokratischen Arbeiterturnvereine angewendet — wenn ich sozialdemokratische Arbeiterturnvereine sagen darf, ich habe ja gar keine Ursache, das Wort nicht zu gebrauchen, denn selbstverständlich gehören die Mitglieder zu 99 Prozent der Sozialdemokratie an — und hat überall die Teilnahme der jungen Leute am Turnen fernerhin verboten. Ich finde das außerordentlich ungerecht, denn das Vergehen war durch gar nichts begründet. Wenn die Großh. Regierung vermeiden wollte, daß diese jungen 14, 15 und 16jährigen Leute politisch infiziert und in eine politische Richtung hineingetrieben werden, da konnte sie in diesem Fall unbesorgt sein, denn in diesen Vereinen wird so wenig Politik getrieben wie in irgend einem anderen Sportverein. Während der Turnstunde — ich spreche da aus eigener Erfahrung — wird nichts als geturnt, und wenn die Turnstunde vorüber ist, so gehen

die jungen Leute nach Hause; es ist ganz selbstverständlich, daß diese nach Hause gehen müssen, weil es mittlerweile 10 Uhr geworden ist, wo jeder Vater darauf sehen wird, daß seine Kinder nach Hause gehen. Während des Turnens selbst wird von Politik nicht gesprochen, und man wird doch nicht annehmen wollen, daß es sozialdemokratische Klammzüge gibt oder sonstige sozialdemokratische Turnübungen.

Wie die Verhältnisse bei den sozialdemokratischen Turnvereinen sind, so sind sie bei den anderen Arbeitersportvereinen auch. Es scheint sich eben darum zu handeln, zu verhindern, wozu ich übrigens der Regierung noch das Recht abspreche, daß die jungen Leute in dem Alter schon eine bestimmte politische Richtung erlangen. Aber wie sieht es denn mit den bürgerlichen Vereinen aus? Will die Großh. Regierung verhindern, daß die Jugend beigegeben in eine bestimmte politische Richtung hineingeleitet wird, dann muß sie auch die katholischen Gesellen- und Lehrlingsvereine verbieten, sie wird verbieten müssen, daß diese Zöglinge etwa an patriotischen Turnvereinen teilnehmen, denn dort wird wenigstens im gleichen Maße, wenn nicht weit mehr Politik getrieben wie in den sozialdemokratischen Turnvereinen. Sie hat dann natürlich auch zu verbieten, daß etwa jugendliche Leute einer musikalischen bürgerlichen Gesellschaft angehören, bei der auch patriotische Veranstaltungen vorkommen, denn diese sind auch politisch. Also, wenn das gleiche Recht für alle gilt, dann dürfen diese Vereine nichts mehr vor uns voraus haben. Ich erlaube die Großh. Regierung, sich hierzu zu äußern, und ich möchte sehr bitten, daß dieses strikte Verbot, das natürlicherweise nach unten hin noch verschärft und übertrieben wird, aufgehoben und daß diese Turnerei freigegeben wird in dem Rahmen, wie ich ihn hier präzisiert habe.

Und nun zu dem Hauptpunkt der Petition und auch des Antrags der Herren von der Zentrumsparlei, zu dem Petition, das da empfehlend überwiesen werden soll und das verlangt, die Gemeinden sollten freie Verfügung über die Gestaltung des Unterrichtes erhalten, es sollte der neue Lehrplan aufgehoben, der alte wieder eingeführt werden, oder, wie es im Zentrumsantrag heißt, es soll den Gemeinden freie Hand gelassen werden, die Ausdehnung der Unterrichtszeit über 16 Stunden hinaus nach ihrem Belieben anzuordnen. Das ist wohl der Hauptpunkt der Petition und auch des Antrags der Herren von der Zentrumsparlei. Denn es handelt sich hier um die prinzipielle Frage: Soll die Schule fernerhin Staatsschule bleiben, wie sie es von Gesetzeswegen ist, oder sollen die Schulen den einzelnen Gemeinden ausgeliefert werden, sollen die Gemeinden das Recht haben, den Lehrplan zu gestalten nach ihrem Belieben? Wir müssen uns mit aller Entschiedenheit gegen diesen schulfeindlichen Vorstoß wenden. Man mag sagen, was man will, und wenn der Herr Kollege Duffner und der Herr Kollege Schüler hier wiederholt mit allem Nachdruck betont haben, es stehe nichts schulfeindliches darin, der Wille, der aus dieser Bestimmung spricht, ist von Grund aus schulfeindlich, er würde dazu beitragen und dazu führen, wenn er zum Gesetz würde, daß wir mit unserer Volksschule um Jahrhunderte zurückgeworfen würden gegenüber unseren heutigsten Verhältnissen (Lachen im Zentrum). Ueberlassen Sie nur erst einmal den Gemeinden, nach ihrem Gutdünken aus der Schule zu machen, was sie wollen! Wie der Staat so vorsichtig war, seine Hand selbst auf das Bestehen der Gemeinden, auf den Wald der Gemeinden zu legen und dem Egoismus in einzelnen Landgemeinden zu steuern und einen Damm entgegenzusetzen dadurch, daß er sagt, nur mit unserer Genehmigung dürft ihr hier abholzen, wie der Staat da gewisse heute noch in vielen

Gemeinden mächtige Kreise richtig eingeschätzt hat, so auch hier, als er die Schule in dieser Beziehung zur Staatschule machte und Staatsgesetze über ihre Gestaltung erließ. Ich bin fest überzeugt, wenn die Wälder freigegeben würden, hätten wir in vielen Gemeinden sehr bald abgeholzte Waldungen, und wenn die Schule freigegeben würde, hätten wir sehr bald leere Schulhäuser in den Gemeinden! (Zuruf aus dem Zentrum: Der Vergleich hin!) Der Vergleich hin! durchaus nicht! Es ist derselbe Egoismus! Dort die Leutenot und hier die Geldnot! Also eines wie das andere! Man mag da sagen, was man will — der Geist, aus dem die Petition und dieser Antrag entstanden ist, ist durchaus schulfreundlich.

Nun hat Herr Kollege Duffner der Petition dadurch Nachdruck zu geben versucht, daß er gesagt hat, es handle sich um den Wunsch und den Willen von sehr angesehenen Leuten im Lande; 200 Gemeinden, Bürgermeister, Gemeinderäte, die dürfte man doch nicht so beiseite setzen und über die dürfte man nicht absprechend reden (Abg. Duffner: Sehr richtig!). Herr Kollege Duffner, fragen wir uns doch erst einmal, wie die Petition entstanden ist. (Zuruf aus dem Zentrum: Herr Kollege Ihrig hat es uns ja schon vorgetragen!) Glauben Sie nun wirklich und wollen Sie uns wirklich vorreden, daß die 200 Gemeinden in ihrer Mehrheit mit dieser Petition einverstanden sind? O nein! Die Petition haben die Herren Bürgermeister gesehen, haben vielleicht noch die Gemeinderäte gesehen, von den etwa 1000—1200 Gemeinderäten mögen sie aber vielleicht ein Prozent gelesen haben, mehr nicht, viele Bürgermeister haben sie vielleicht auch ungelesen unterschrieben, weil sie ihnen von ihrer Vereinigung zugegangen ist oder weil sie sich von einem Anderen beeinflussen ließen; denn es sind unter der Petition Gemeinden verzeichnet, wo die Voraussetzungen des Inhalts der Petition in keiner Weise zutreffen (Widerspruch im Zentrum). Herr Kollege Duffner hat ja das durch seine ganze Rede bestätigt, er hat in seiner ganzen Rede vom ersten bis zum letzten Wort nur die Interessen der Schwarzwaldgemeinden verteidigt, hat die Petition lediglich aus dem Gesichtspunkt heraus behandelt: Für unsere Schwarzwaldgemeinden geht es nicht anders, als daß die Wünsche erfüllt werden. Herr Kollege Duffner, unter den 200 Gemeinden sind die Schwarzwaldgemeinden in der bescheidenen Minderheit, die weit größere Zahl der Gemeinden sind geschlossene Gemeinden, sind Gemeinden des Unterlandes, in denen die Voraussetzungen nicht zutreffen, die Sie. (Abg. Dr. Zehner: Die Schwarzwälder haben eine andere Petition eingereicht!) Jawohl, die andere Petition, die der Schwarzwälder, nicht die, die Herr Kollege Duffner verteidigt hat, enthält allerdings einen Teil der Forderungen mit; die Hauptpetition, um die es sich hier handelt, ist aber nur zu einem Teil von Schwarzwaldgemeinden mit unterzeichnet. Es handelt sich hier um Forderungen, ich will nur die Gemeinden Königsbach und Deschelbronn, 2 Gemeinden meines Wahlkreises nennen, von denen ich sehr genau weiß, daß sie z. B. morgen die erweiterte Schule ohne die geringsten Schwierigkeiten für die dortige Bevölkerung einführen könnten. Bei diesen Gemeinden also treffen die Voraussetzungen der Petition nicht zu. Ebenförmig bei den Gemeinden des 11. Wahlkreises: z. B. bei Wallstadt, einer reinen Industriegemeinde, Neckarhausen, St. Ilgen, Langenbrücken, Ruzloch, usw. Diese Gemeinderäte haben doch die Petition nicht in allen Teilen durchgesehen, und wenn sie sie durchgesehen haben, nicht verstanden; sonst hätten sie die Petition nicht unterschreiben können! Das

muß man denn doch hier aussprechen, damit nicht in die Welt hinausposaunt wird, da seien 200 Gemeinden aus allen Teilen des Landes gekommen, auch aus Teilen, die nicht mit dem Zentrum und mit der Zentrumsvertretung zu identifizieren sind, und seien in dieser Forderung alle einig gewesen. Nein, die Petition macht auf mich, und ich glaube, nicht auf mich allein, sondern auf sehr viele Leute ganz den Eindruck der Sache, bei der man lediglich von außen herein in die Gemeinden, nicht aus den Gemeinden heraus gearbeitet hat.

Der Herr Kollege Duffner hat die speziellen Verhältnisse des Schwarzwaldes näher dargelegt und hat uns von einer Menge Schwierigkeiten erzählt, wegen welchen die Petition im Interesse der Schwarzwaldbewohner berücksichtigt, empfehlend überwiesen werden müsse. Da waren zunächst die armen Kinder. Gewiß bedauern auch wir es außerordentlich, wenn die Kinder im Schwarzwald, die stundenweit zu laufen haben, sehr früh heraus müssen, bedauern es umso mehr, wenn sie im Winter in hohem Schnee bei ungebahntem Weg stundenweit zu laufen haben. Aber es wird nun auch mitgeteilt, daß dieselben Leute, die jetzt so besorgt sind, weil die Kinder so frühzeitig bei hohem Schnee in die Schule müssen, früher, als die Kinder unter dem alten Lehrplan auch früh in die Schule mußten, gar nicht so besorgt um sie waren (Abg. Frühauß: Sehr richtig!), daß die Bahnschritten nicht gingen, um den Kindern den Weg zu ebnen, daß man auch dort nicht, wo es vielleicht möglich gewesen wäre, den Schlitten eingespant hätte, um die Kinder ein Stück Wegs in die Schule zu fahren. Es gibt gewiß Fälle, wo noch Dutzende von Kindern halbstundenweit laufen müssen, wo man sie gemeinsam fahren könnte. Ich habe auch $\frac{3}{4}$ Stunden Schulweg gehabt, und es war eine große Anzahl Kinder, die ebenso weit hatte. Wir wurden aber im Winter bei hohem Schnee von einem Landwirt, der eben menschliches Gefühl besaß, in die Schule gefahren. (Abg. Dr. Schofer: Geschieht auch jetzt!) Nun also, dann läßt sich die Sache doch noch etwas mehr organisieren! Wir bedauern, daß die Kinder so angestrengt werden, aber es ist nun einmal nicht zu helfen.

Ist aber Ihr Bedauern aufrichtig, dann denken Sie einmal daran, ob es sich nicht machen läßt, den Frühgottesdienst zu verlegen? (Abg. Dr. Schofer: Aha!) Das ist doch auch ein Mittel! Sie verlangen nur immer von der Schule und von den Anderen Entgegenkommen, warum nicht auch einmal von Ihrer Seite? (Abg. Duffner: Wir wollen einmal sehen, was die Schulbehörde sagt, wenn wir den Vormittagsgottesdienst auf 10 Uhr verlegen! Der Präsident bittet, den Redner fortfahren zu lassen.) Ich würde dafür sein, die Kinder dadurch zu entlasten, daß dieser Gottesdienst in die Zeit verlegt wird, welche die Schule nicht benötigt. . . . (Lebhafter Widerspruch beim Zentrum.) Ja, ich weiß, daß Sie dabei rücksichtslos sind! Während Sie hier ein solch wehmütvolles Lied auf die Not der Kinder singen, da hat einer der Ihren, der Pfarrer von Ohlsbach, einem Vater gegenüber, dessen Kind sich um 5 Uhr nicht in den Gottesdienst gehen wollte, weil es um diese Zeit noch todmüde war, gesagt: Dem müssen Sie kaltes Wasser auf den Kopf gießen, dann wird er schon zur rechten Zeit aufstehen und zum Frühgottesdienste kommen! (Lachen beim Zentrum.)

Wenn Ihnen also dieses menschliche Gefühl so ehrlich ist und so im Herzen drin sitzt, dann betätigen Sie es auch einmal dort, wo Sie es in den Händen haben, die Zustände zu ändern! Der Herr Kollege Duffner hat uns mitgeteilt — und das ist gewiß sehr beklagenswert —, daß die Kinder sieben Stunden lang kein warmes

Essen bekommen. Was hindert Sie denn, den Kindern, ähnlich wie es in den Städten geschieht, warmes Frühstück in der Schule verabreichen? Was hindert Sie denn in aller Welt, mitten im Vormittage ein paar Liter Milch heiß zu machen und ein Stück Brot dazu zu geben? Auf dem Lande, wo das verhältnismäßig billig ist, müßte es doch viel eher möglich sein wie in den Städten! Also trotz der Klagen helfen Sie dort, wo Sie die Macht in den Händen haben, den Zuständen nicht ab! Sie sind doch überall in den Schwarzwaldgemeinden in der Mehrheit, Sie dürfen dort nur beschließen, wir führen für die sechs Wochentage, im Winter wenigstens, warmes Frühstück ein! Auf diese Weise könnten Sie sich in der Welt berühmt machen, der Schwarzwald voran (Geiterkeit), und in den Städten müßte man Ihnen nachfolgen!

Das ist es aber alles nicht. Wenn es sich darum allein handelte, was der Herr Kollege Duffner da ausgeführt hat, dann hätte er wahrscheinlich schon von selbst auf den Gedanken kommen müssen, dazu brauchen wir die Regierung und den Landtag nicht und brauchen uns nicht wieder als bildungsfeindlich verzeichnen zu lassen, das machen wir in den Gemeinden allein! Es handelt sich um ganz etwas anderes: Sie brauchen die Kinder zur Arbeit! (Unruhe beim Zentrum.) Es handelt sich auch nicht um Ihre Kinder, es handelt sich um die Hirtenbuben, es handelt sich um die Kinder der Arbeiter, die brauchen Sie zur Arbeit! (Abg. Duffner: Woher!) Woher? Haben Sie nicht von der Leutenot geredet? (Abg. Duffner: Ja natürlich!) Haben Sie nicht davon geredet, daß dem Bauern das Herz im Busen weh tut, wenn er an die Arbeit geht und die Buben in der Schule weiß? Sehen Sie die Hirtenkinder an, da haben wir doch den Beweis! (Widerspruch beim Zentrum.) Gewiß! Sie brauchen die Kinder zur Arbeit, die Kinder sollen mitmachen bei der Arbeit, und darum ist die Schule im Wege. Und weil dem so ist, weil der Unternehmer dort oben empfindet, es trifft ihn besonders unangenehm, daß die Schulreform ihm die Kinder noch um zwei Stunden in der Woche länger entzieht, darum muß etwas geändert werden, darum muß das Schulgesetz rückwärts revidiert werden! (Lachen und Widerspruch beim Zentrum.) Darum die künstliche Erregung, die nicht aus den Gemeinden kommt, sondern von außen herein in jene Schichten hineingetragen wird!

Ich habe die Rede des Herrn Kollegen Duffner noch einmal durchgelesen und habe auch die Petition noch einmal durchgelesen, und da muß ich sagen, ich finde eine eigentümliche Uebereinstimmung in den Argumentationen des Herrn Kollegen Duffner und jener Petition! Ich bin den Verdacht nicht los geworden, daß der Herr Kollege Duffner der Heilige Geist war, der die Bürgermeister bei der Abfassung der Petition erleuchtet hat (Geiterkeit und Widerspruch im Zentrum). Ich habe den Eindruck gehabt, als ob sich sogar in den Ausdrücken eine verblüffende Ähnlichkeit und Gleichmäßigkeit findet. Entweder ist also der Herr Kollege Duffner so begeistert von der Petition, daß er unbewußt in ihre Redewendungen und Ausdrücke verfallen ist, oder aber, die Bürgermeister haben eine so starke Vorempfindung gehabt, daß sie den Gedankengang des Herrn Kollegen Duffner in ihrer Petition schon vorweggenommen haben. Ich weiß es nicht. Jedenfalls habe ich daraus geschlossen, daß diese Erregung, von der uns hier immer geredet wird, gar nicht sehr echt ist. Und ich begrüße es, daß sie nicht echt ist. Wenn es wahr wäre, daß 200 Gemeinden in ihrer Mehrheit solche Gedanken äußern könnten, wie sie hier in der Petition niedergelegt sind, dann wäre das eine beschämende Tatsache für Baden, dann wäre das wirklich außerordentlich bedauerlich!

Was will denn die Petition? Abschaffung des neuen Lehrplanes, der Gemeinde überlassen, was sie in bezug auf die Schule tun will. Und das nicht allein. In der Begründung dieser Forderung wird herangeholt, was irgendwie nur die Zwecke der Petition zu fördern geeignet war. Ich will absehen von den demagogischen Mätzchen, die gemacht werden. Wir hören da z. B. von den armen Lehrern, die durch die erweiterte Unterrichtstätigkeit so geplagt sind, und der Herr Kollege Duffner hat mit bewegter Stimme einen Brief von einem alten Lehrer vorgelesen, der da sagt: „Ich weiß nicht, was da werden soll, wenn unsere Lehrer so überanstrengt werden!“ Immer hat das Lied nicht so geklungen! Wir haben von Ihrer Seite mitunter recht herbe Urteile über die fordernden Lehrer, über die Lehrer gehört, die bessere Bezahlung und weniger leisten wollten. Es ist jetzt nichts weiter wie ein Verstecken hinter die Lehrer, wenn es sich darum handelt, Ihre Ziele zu erreichen! Es wird eingangs der Petition davon gesprochen, die „von modernem Geiste getragene Selbstverwaltung“ der Gemeinden verlange, daß sie mehr Einfluß auf die Schulen haben. Seit wann redet denn das Zentrum von modernem Geiste? Wenn bei Ihnen von modernem Geiste, von Modernismus, die Rede ist, denke ich immer an den Scheiterhaufen, der da unmittelbar dabei steht. Das sind doch Redewendungen, die wirklich nicht ernst zu nehmen sind! Wenn wir Sozialdemokraten einmal hinauskommen und über Autonomie der Gemeinden reden, wenn wir verlangen, daß die Selbstverwaltung der Gemeinden auf eine ganz andere Grundlage gestellt werden solle, daß vor allen Dingen das Klassenwahlrecht, das das größte Hindernis für eine gute Selbstverwaltung bildet, beseitigt werden solle, dann hört man's vielfach ganz anders! Woher nun auf einmal das Wort vom „modernem Geiste der Selbstverwaltung“? Das sind Mätzchen!

Wichtig dagegen sind die Stellen, wo von dem Bauern knecht die Rede ist, von dem Tagelöhner, Waldbarbeiter und den Mädchen, die keine so vorgeschrittene Bildung brauchen, wo davon die Rede ist, daß Materien von ihnen gefordert werden, die nicht für ihren Beruf notwendig sind. Das ist ein so mittelalterlicher Hauch, der die Petition durchweht, der Modergeruch einer Zeit, die man längst überwunden geglaubt hätte, daß wir wirklich nicht daran glauben können, daß 200 badische Bürgermeister und Gemeinderäte und Gemeindevorstände sich finden, die ein solches Schriftstück bewußt unterzeichnen und hier an die Kammer einreichen! Also zweifellos liegt es so, wie ich annehme und wie es ja freilich in vielen Petitionen ist. Da ist gar nichts Auffallendes dabei und den Leuten, die unterschrieben haben, will ich gar keinen Vorwurf daraus machen —, daß solche Massenpetitionen ohne lange Ueberlegung unterschrieben werden. Die Schule kostet eben Opfer, und wenn einem Bürgermeister eine Petition vorgelegt wird, die darauf ausgeht, die Opfer etwas einzuschränken, und er auch nur mit einem Punkt, z. B. mit der Bezahlung der Ueberstunden durch den Staat, einverstanden ist, dann setzt er sich mit seinen Gemeinderäten hin und unterschreibt. Aber Sie dürfen hier nicht behaupten wollen, daß der Inhalt dieser Petition in allen seinen Teilen einschließlich der Begründung, durch diese 200 Bürgermeister getragen würde (Widerspruch im Zentrum). Nein, der Standpunkt, der in der Petition eingenommen wird, der Standpunkt, den der Herr Kollege Duffner einnimmt, daß alles, was über Lesen, Schreiben und Rechnen hinausgeht, Dunst und Flitter ist. (Abg. Duffner: Das habe ich nicht gesagt!) Wenn Ihrer Rede heißt es, Herr Kollege Duffner: „Wenn in diesem Schulsaal ein wohlverstandenes und gründliches

durchgearbeitetes Material vorhanden ist, wenn die Kinder tüchtig lesen, rechnen und schreiben können, dann wird der Inhalt dieses Schulbuchs . . . (Zuruf) Jawohl! — und was dazu gehört — in dem Sinne, wie ich es verstehe, ich will auf diese Details nicht eingehen . . . dann wird der Inhalt dieses Schulbuchs wohl wertvoller sein, als wenn er eine Menge Dunst und Flitter enthält (Zwischenruf), der hinter dem Pfluge . . . (Zwischenruf) Bitte schön Herr Kollege Frühhauf! (Zwischenruf), die Naturwissenschaften weiß ich so gut zu bewerten und zu schätzen wie andere, und ich schätze sie hoch, nur halte ich dafür, daß es ein Unterschied ist, ob man die Naturwissenschaften einem Vorgeführten doziert oder einem kleinen Kinde, das erst in die elementarsten Fächer eingeführt werden muß. (Zwischenruf). Ich wiederhole: Ein wohlverstandenes, gründliches durchgearbeitetes Können wird wertvoller sein als eitel Dunst und Flitter, der hinter dem Pfluge, hinter der Werkbank, oder wohin das Leben den Menschen fernab von der großen Welt verschlägt, nur allzu rasch vergessen wird. Das bestätigt, was ich gesagt habe (Widerspruch im Zentrum). Dann reden wir aneinander vorbei oder Sie haben eine andere Welt vor Augen oder wir können nicht mehr verstehen, was Worte heißen! Wenn der Herr Kollege Duffner sagt: Die Hauptsache in diesem Schulbuche ist Lesen, Schreiben und Rechnen . . . (Abg. Duffner: „Und was dazu gehört —!) Zum Lesen und Schreiben und Rechnen gehört eben nichts weiter; was darüber hinausgeht sind andere Fächer! Naturwissenschaft gehört nach Ihrer Meinung schon nicht dazu! Geschichte, Geographie, Physik gehören nicht dazu! Lesen Sie doch in der Petition um Gotteswillen! Hierin heißt es doch in dem Passus, auf den Sie selbst sich berufen haben, ganz ausdrücklich: „Ein Bauernknecht, ein Tagelöhner, ein Waldarbeiter, vollends gar weibliche Personen, die ihr ganzes Leben in haus- und landwirtschaftlicher Berufsarbeit zubringen, erhalten für ihre Leistungen nicht mehr Lohn, wenn sie Verrechnungs-, Abg., Termin- und Wertpapierrechnungen verstehen, Ellipsen konstruieren, geometrische Ornamente entwerfen, elektrische und chemische Vorgänge und Wirkungen erklären können, als wenn sie von alledem nichts wissen.“ Das ist das, was Sie unter Flitter verstehen. Ich halte das aber nicht für Flitter, denn hier sind eine Menge von Wissenselementen, die für das Fortkommen der jungen heranwachsenden Staatsbürger sicherlich von ganz außerordentlicher Bedeutung sind (Zuruf sie Abg. Duffner; der Präsident bittet, den Redner nicht zu unterbrechen). Der Herr Kollege Duffner meint soeben, Kinder müßten das noch nicht verstehen. Selbstverständlich hat das keiner von uns verlangt; ich spreche dabei für meine Fraktion, und insbesondere glaube ich aber auch für den Herrn Kollegen Frühhauf, der hierbei ja stark engagiert ist, die Behauptung aufstellen zu können, daß auch er, ebensowenig wie jemand in unserer Fraktion, der törichtesten Meinung sei, daß man ein sechs-jähriges Kind Ellipsen konstruieren lassen wolle usw. Es ist keinem von uns eingefallen, sechs-, sieben- oder achtjährigen Kindern etwas Ähnliches zuzumuten, und das wird auch alles nicht im neuen Lehrplan der Volksschule verlangt, der hier eingeführt ist. Wir haben im Lehrplan unserer Volksschule vielleicht noch zu wenig, aber keineswegs zu viel! Die Ausführungen, die wir gehört haben, gingen aber dahin, als ob wir zu viel hätten; nein, wir haben gewiß keine überspannten Unterrichtsziele!

Vorhin, wie vom französischen Unterricht die Rede war, haben wir gehört, weswegen nur man die Bürgerschulen haben will: um dort französischen Unterricht haben zu

können. Wenn man aber einmal in einer Landschule, vielleicht in beiden oberen Klassen, französischen oder überhaupt fremdsprachlichen Unterricht geben lassen wollte, da möchte ich einmal sehen, was für Petitionen wieder vom Lande kämen und wie der Herr Kollege Duffner uns hier wieder darüber reden würde! Selbstverständlich spricht der Bauer hinter dem Pfluge nicht französisch, aber es handelt sich auch nicht darum, die Kinder, die die Volksschule besuchen, zu Bauern, zu Knechten, zu Tagelöhnern, zu Waldarbeitern zu erziehen, es handelt sich darum, die Kinder zu Menschen zu erziehen, die in allen Sätteln gerecht sind. Der Herr Kollege Duffner hat gepriesen, daß aus dem Schwarzwald so viel hervorragende Geisteskräfte hervorgegangen sind, daß eine ganze Reihe hervorragender Staatsmänner, Dichter und Künstler aus dem Schwarzwald stammen, aus dem Schwarzwald bei die' er Schule! Und er hat es so hingestellt, als ob gewissermaßen die Schwarzwaldschule die Ursache davon sei, daß wir diese Geisteskräfte aus dem Schwarzwald haben. Ich habe ihm schon durch einen Zuruf bemerkt gemacht: „Troß“ der Schule haben wir diese Talente aus dem Schwarzwald erhalten. Talente hat es natürlich zu allen Zeiten gegeben, auch als die Schule noch ganz brach gelegen ist, als von einer Schule überhaupt, wenigstens von einer Volksschule, nicht die Rede sein konnte. Aber das ist doch kein Maßstab! Wir wollen doch das allgemeine Wissen des Volkes heben und nicht die Schule auf einzelne Talente zuschneiden, nicht sagen, weil aus irgend einem Schwarzwaldsdorf unser Künstler Thoma stammt, muß die Volksschule in diesem Schwarzwaldsdorf als absolutes Ideal zum Maßstab für alle Schulen genommen werden! Das ist eine Torheit, auf die man nicht eingehen darf.

Für die Herren, die die Petition eingereicht und für die Begründer der Petition, die sie ja, indem sie empfehlende Ueberweisung beantragen, zu ihrer eigenen machen, handelt es sich aber auch wieder nur um einen Teil der Kinder, und zwar um die Arbeitsbienen unter den Schulkindern, um die Kinder, die zur Arbeit verdammt sind (Zuruf aus dem Zentrum: „Verdammt!“). Wenn ich sage „zur Arbeit verdammt“ ist das kein zu scharfer Ausdruck; die Kinderarbeit, die Ausbeutung der Kinder ist allezeit ein Unsegen gewesen, der auf dem Volke gelegen hat; nach langem Zögern ist ja endlich auch die Gesetzgebung selber eingeschritten und hat die gewerbmäßige Kinderarbeit, die früher schon durch die Gewerbeordnung etwas eingeschränkt war, durch Gesetz verboten. So weit Kinder im Alter von acht, neun, zehn Jahren, im Entwicklungsalter, wo sie lernen sollen, gewerbmäßig zur Arbeit herangezogen und auf diese Weise geistig verkümmert werden, rede ich allerdings von einem Fluch, von einem Unsegen dieser Arbeit. Um die Ausnützung dieser Kinder zu erhalten, darum dreht sich die ganze Petition! Es heißt hier in der Petition ganz ausdrücklich, daß die Leutenot gelindert werden soll. Ich will aber den Satz verlesen, damit Sie nicht wieder sagen, es sei falsch zitiert worden. Es heißt dort: „Die Kinder sind unentbehrlich, sei es zur Beaufsichtigung jüngerer Geschwister, sei es zur Mithilfe im Broterwerb oder in der durch die Leutenot schwer bedrängten Landwirtschaft.“ „Soll ein Junge vom Land“, so heißt es nun weiter, und das ist charakteristisch, „einen höheren Beruf ergreifen, so bringen ihn seine Eltern oder Fürsorger in der Regel schon aus dem vierten Schuljahr in eine höhere Lehranstalt in die Stadt; für ihn braucht man also den hochgeschraubten Lehrplan der Oberklassen der Volksschule nicht.“ Für die Kinder der Besitzenden also, für die Landwirte, die die Absicht haben, ihren Jun-

gen einem höheren Beruf zu widmen, ihren Jungen in die Stadt auf die städtische Mittelschule zu schicken, braucht man die Volksschule mit dem erweiterten Lehrplan nicht, und die anderen sollen nichts weiter lernen als Lesen, Schreiben und Rechnen, alles andere ist Dunst und Flitter! Ich habe eingangs meiner heutigen Ausführungen, als ich gegen die Bürgerschule sprach, auf die Gefahr hingewiesen, Sonderschulen zu bilden, weil man damit das Interesse an der Volksschule in weiten Kreisen ertöte. Hier haben Sie schwarz auf weiß den Beweis! Weil die Kinder der besitzenden Klasse im zehnten Jahre in andere Schulen gebracht werden können, deswegen hat die bessere Gestaltung der Volksschule gar keinen Wert mehr! (Widerspruch im Zentrum.) Stimmt das auch wieder nicht? (Zurufe aus dem Zentrum: Nein!) Sind die Worte auch wieder falsch? (Zuruf des Abg. Schüler; der Präsident rügt die Länge des Zwischenrufs.) Ich kenne auch eine ganze Menge Bauern, die ihre Kinder Mittelschulen durchmachen lassen, um ihnen besondere Vorbildung für die Landwirtschaftsschule usw. zu geben. Wer von den Landwirten es einigermaßen machen kann, der schickt eben seinen Sohn in eine bessere Schule, weil er, wenn er nur etwas aufgeklärt und vorgechritten ist, merkt, daß seine heimatische Volksschule das Erforderliche nicht leistet. In der Hauptsache, Herr Kollege Schüler, und zu 99 Prozent . . . (Zurufe aus dem Zentrum.) Ja, wenn es nicht im Schwarzwald ist, warum steht es in der Petition? Dann trifft diese Petition nicht das, was sie eigentlich treffen soll, dann hätte sie von Ihnen nicht durch den Antrag auf empfehlende Ueberweisung verteidigt werden sollen! In der Hauptsache trifft der Widerstand gegen den neuen Lehrplan die Kinder der Arbeiter, die Kinder, die selbst arbeiten müssen, die Gütefinder usw., die durch die Volksschule gehen und bei denen man vier Stunden ersparen will, die sie mehr Unterricht haben sollen.

Ich will zum Schluß kommen und nur noch darauf hinweisen, daß die Auffassung, die in der Petition zutage tritt, daß die Bildung keine materiellen Vorteile habe, daß die Gelder, die die Gemeinden für ihre Volksschule anlegen, gewissenmaßen nutzlos, zwecklos aufgewendet seien und höchstens noch dazu führen könnten, wie es in der Petition an einer Stelle zum Ausdruck kommt, die jungen Leute begehrlischer zu machen, indem sie mehr Lohn für ihre Leistungen verlangen, eine durchaus falsche, verkehrte ist. Der verstorbene Finanzminister Buchenberger hat gewissenmaßen als sein Testament jenes bekannte Buch hinterlassen, das zum 50jährigen Regierungsjubiläum erschienen ist und die Entwicklung der badischen Staatsverwaltung in den letzten 50 Jahren schildert. Darin sind auch über die wertvolle Kapitalanlage bei der Volksbildung prächtige Worte gesprochen worden. Darin ist auch nachgewiesen, wie gut die Gelder angelegt sind, die man für Volksschulen, für unser Schulwesen überhaupt, ausgibt. Sie heben das allgemeine Bildungsniveau der Bevölkerung; sie machen das Volk in seiner Gesamtheit leistungsfähiger und hiermit selbstverständlich auch kräftiger nach innen und außen. Die Kultur ist doch auch ein Faktor, der nicht lediglich als Dunst bewertet werden kann und den man so ganz wegwerfend behandeln darf!

Ich meine also, es ist ein sehr törichter Standpunkt, wenn an der Schule gespart werden soll, weil hier kleine Opfer einzelnen Gemeinden zur Last fallen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß einzelne Schwarzwaldgemeinden, daß einzelne ärmere Gemeinden darunter zu leiden haben. Fordern Sie dann, daß die Lasten auf den Staat übernommen werden, Sie werden uns an Ihrer Seite

finden. Aber es ist verkehrt, dann, wenn solche Lasten kommen, hierher zu treten und zu verlangen, daß die Schule rückwärts revidiert werden soll, daß sie schlechter werden soll, als sie bisher war. Wenn das die Vorböten der Zentrumshegemonie sind, dann haben Sie das Bisher zu früh gelüftet (Lachen im Zentrum). Wenn es in zwei Jahren oder später, wenn Sie die Mehrheit haben, im Eilmarsch in dieser Richtung gehen soll, dann haben Sie mit Ihrem Antrag noch rechtzeitig dafür gesorgt, daß draußen im Volke Gegenmaßnahmen getroffen werden können und daß Ihnen die Räume vielleicht nicht so leicht in den Himmel wachsen. Wir werden jedenfalls mit aller Kraft dahin arbeiten, daß die geistige Hebung unseres Volkes Fortschritte macht, daß wir von Jahr zu Jahr weiterkommen. Denn in einer guten Erziehung, einer guten Ausbildung unseres Volkes in Verbindung mit der Hebung der sozialen Lage unserer Bevölkerung liegt die Garantie für eine bessere Zukunft! (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. Hennig (Zentr.): Wenn man eine solche Rede gehört hat, wie sie eben Herr Eichhorn gehalten hat, dann könnte man meinen, man sei irgendwo in einer großen Volksversammlung und das Volk solle aufgeregt werden, damit es endlich zu seinem „Rechte“ kommt. Wenn man aber die ganze Entwicklung mitgemacht hat, dann bekommt man doch eine ganz andere Ansicht.

Ich will übrigens zunächst einen Lokalwunsch erwähnen. Es ist im Kommissionsbericht die Rede von einer Petition der Stadtgemeinde Gengenbach wegen Errichtung eines Seminars. Ich möchte mir dazu eine Bemerkung erlauben. Wenn ein weiteres Seminar und insbesondere ein solches für unsere mittleren Landesteile notwendig wird, dann möchte ich glauben, daß Gengenbach den Vorzug verdient. Es ist ja jetzt schon seit längeren Jahren dort ein Vorseminar, und es ist beim Volke allgemein üblich geworden, daß, wenn ein Vater ein Kind Lehrer lassen werden will, dann heißt es, es muß nach Gengenbach geschickt werden. So wird Gengenbach den Vorzug für sich haben. Zweitens darf man nicht übersehen, daß Gengenbach in einer der schönsten, herrlichsten Gegenden liegt, wo die jungen Leute ganz gewiß viel Angenehmes finden. Es sind auch in Gengenbach manche Dinge, die Kunstwert haben, z. B. die Kirche und alte Türme usw. Dann hat Gengenbach ein großes Hinterland, aus dem viel Zuzug für das Seminar geschöpft werden kann. Auch hat Gengenbach durch den Verlust des früheren Bezirksamts doch manchen Schaden erlitten, und es bringt große Opfer im Interesse der Kunstpflege usw. Ich glaube darum, daß man Gengenbach besonders bedenken sollte.

Wenn ich nun zu den allgemeinen Gedanken übergehe, so wird es einem nach solchen Uebertreibungen, wie sie der Herr Abg. Eichhorn vorgetragen hat, wirklich kurios zu Mut. Der Herr Abg. Hrig hat am Montag gesagt, der Liberalismus habe Alles für die Schulen getan, und er hat uns den Vorwurf gemacht, daß wir nichts getan hätten; wir hätten nie einen Antrag eingebracht. Ich glaube, dem Herrn Abg. Hrig sagen zu dürfen: So viel Interesse, als irgend eine andere Partei im Hause am Schulwesen hat, haben wir auch und, ich glaube, ganz besonders so viel Interesse wie die Lehrer. Die Lehrer haben ja schon viele Petitionen gemacht, in der Regel solche um Aufbesserung ihrer Verhältnisse. Ich erinnere mich aber nicht an einen einzigen Antrag, der das spezielle Unterrichtswesen betroffen hätte. Wenn Sie mir einen bringen könnten, gut, so bin ich bereit, Ihnen auch einen von uns zu bringen, der im Interesse der Lehrer war.

Nun also, der Liberalismus hat Alles gemacht, er trägt mithin auch die Verantwortung für Alles! Was ist im Laufe der Jahre nicht Alles geschehen, und was hat man nicht Alles aus unserem Schulwesen gemacht! Und jetzt könnte man meinen, wir seien in Sibirien oder sonst wo! Seit ich im öffentlichen Leben stehe, steht die Schulfrage auf der Tagesordnung. Nachdem die neue Aera im Jahre 1860 begonnen hatte, wurden im Jahre 1862 von Professor Amies in Heidelberg die Schulthesen aufgestellt, nach denen die Schule reformiert werden sollte. Er wurde dann Direktor des Oberschulrats und ging daran, das Alles auszuführen. Den Pfarrern wurde die Ortschulaufsicht, den Dekanen die Kreischulaufsicht abgenommen, es wurde der konfessionslose Oberschulrat gegründet, es wurde ein großer Lehrplan aufgestellt. Aber nach einigen Jahren hat man gesagt, es geht nicht, es ist zu viel. Man hat diesen Lehrplan zurückgezogen und einen geringeren aufgestellt, man hat verschiedene Schulbücher eingeführt, z. B. ein dreibändiges Lesebuch, wonach die Kinder die halbe Weltgeschichte lernen sollten. Nach einigen Jahren hat man aber wieder erklärt, es ist zuviel, man bleibt beim ersten und zweiten Band, das genügt. Man hat 1876 die konfessionslose Schule eingeführt, man hat später in jedem Landtag Schulverhandlungen gehabt, dies und jenes eingerichtet, man hat den Organistendienst für fakultativ erklärt, man hat den § 54 der Schulordnung aufgehoben, daß die Lehrer nicht mehr in die Kirche gehen dürfen, um die Kinder zu beaufsichtigen, kurz und gut, eine ganze Reihe von Einrichtungen ist geschaffen worden. Nun glaube ich aber doch allen Grund zu haben, zu fragen: Wie steht heute mit unserer Schule? Ich weiß, wie damals, als die Schulreform eingeführt wurde, überall ein großer Jubel war über die Schulbildung, die jetzt unsere Jugend bekommt, und über den deutschen Schulmeister. Wie hat man alles in den Himmel gehoben! Kaum hatte 1864 die Reform angefangen, so hat es 1866 schon geheißt, der deutsche Schulmeister hat die Schlacht von Königgrätz errungen. Auch der Erfolg des 1870er Krieges ist ganz entschieden der Schulbildung aufs Konto geschrieben worden. Und immer von neuem, namentlich als die konfessionslose Schule eingeführt wurde, hat es nur Jubel über die badischen Schulen gegeben. Auch der Herr Abg. Nbrig hat am Montag gesagt, früher seien wir anderen Staaten voraus gewesen, jetzt aber nicht mehr.

Der Herr Abg. Nbrig hat uns auch einige Belehrung gegeben, er hat unser badisches Schulwesen mit dem hessischen verglichen und hat gesagt, im Diktat, im Rechnen und im Aufsatz seien wir zurück. Das heißt also: Im Notwendigsten und Wichtigsten im Leben, worauf jeder Mensch Anspruch hat, sind wir zurück. (Abg. Nbrig: Weil wir nur 16 Stunden Unterricht haben und die Anderen 32! Abg. Dr. Schöfer: Nein, weil man alles Mögliche treibt!) Sie haben nicht nur von den ländlichen Schulverhältnissen gesprochen, sondern auch von Mannheim (Abg. Nbrig: Nein, wir reden bei den Petitionen nur von den ländlichen Schulverhältnissen). Also wir hätten nur 16 Unterrichtsstunden und die anderen mehr. Haben wir denn früher mehr Schulstunden gehabt als heute, damals, als wir so voraus waren? (Abg. Nbrig: Die Anderen hatten weniger Stunden!) Ach wo denn! Die Ganztagschule besteht in Sachsen, in Preußen und auch in Württemberg schon seit vielen Jahren! Aber auch davon abgesehen, wir haben ja in den Städten die Ganztagschule und den großen Unterrichtsplan. Wenn Sie nun kommen und fragen, in den und den Sachen sind wir zurück, woher kommt es? Ich will Ihnen ein Beispiel anführen, daß die Unterrichtszeit es nicht allein macht. Vor 10 Jahren etwa hat der Herr

Abg. Dreesbach hier in diesem Hause einmal gesagt, die Kinder, die vom Lande, also aus der Halbtagschule kommen, brächte man in Mannheim höchstens ins 7. Schuljahr. Ich habe nun damals gesagt, wenn das der Fall ist, dann ist das für die Halbtagschule, die Landschule, ein gutes Zeugnis. Denn daß die städtischen Kinder gegenüber den Landkindern immer viel voraus haben, das liegt auf der Hand. Die städtischen Kinder sind in der Regel sprachgewandter, sie sind meistens im Verkehr mit Leuten, die wenigstens einigermaßen gebildet sind; in die Städte kommen immer die besten Lehrer, in den Städten ist die Schulaufsicht. Daß da mehr geleistet werden kann als auf dem Lande, das liegt auf der Hand. Wenn also die Kinder vom Lande in der Stadt in das 7. Schuljahr gebracht werden können, so ist das ein gutes Zeugnis für die Landschulen. Nun kommt Herr Nbrig und sagt, früher hätte man die Kinder, die vom Lande kamen, einige Klassen zurückgesetzt, jetzt aber würden sie in die gleiche Klasse wie in der Landschule gesetzt. Das kann nur geschehen, weil sie da mitkommen (Abg. Nbrig: Das ist ja ein Versuch erst seit Ostern vorigen Jahres!). Sie werden doch nicht glauben, daß man das nur als Versuch macht? Ich will Ihnen weiter sagen: Ich habe damals auf die Ausführungen des Herrn Dreesbach hin mich in Freiburg, Karlsruhe und Mannheim über die Leistungen der Kinder erkundigt, die vom Lande in die Stadt kommen, und ich habe von ziemlich allen Städten erfahren, diese Kinder seien zuerst etwas zurück, aber sie seien frisch und willig, und vielfach kämen sie in kurzer Zeit nicht nur mit, sondern würden die Allerersten in den Klassen.

Dafür, daß die Kinder in den städtischen Schulen auch nicht mehr leisten, kann man auch Stimmen aus dem Volke hören. Ich verweise auf die Handwerkerkammern. Diese klagen immer über mangelhafte Schulbildung der Lehrlinge, die sie bekommen. Sie sagen aber nicht, der Lehrling „allein vom Lande“, sondern „besonders der vom Lande“. Daß die städtischen Kinder richtig vorbereitet seien, das sagen sie niemals. Nun hat mir vor zwei Jahren einmal ein Geschäftsmann hier geklagt. Er sagte: „Es ist traurig, wie schlecht unterrichtet jetzt unsere Kinder aus der Schule kommen. Wenn man einen Lehrling bekommt und er soll etwas schreiben oder rechnen, macht er die merkwürdigsten Sachen. Man muß jetzt seine Kinder in bessere Schulen schicken, damit sie nur das Notwendige für das Leben lernen. Ich war, (sagte er), nur in einer ganz gewöhnlichen Volksschule, und ich hätte mich geschämt, als ich aus der Schule kam, wenn ich nur so wenig gewußt hätte wie die, die jetzt von der Schule kommen“. Das war in Karlsruhe. Von Mannheim hat Herr Abg. Nbrig gesagt, im Diktat, im Schreiben ... (Abg. Nbrig: Von Weinheim habe ich gesprochen!) Weinheim ist auch ein Städtchen. (Abg. Nbrig: Hat aber eine einfache Volksschule!) Das haben Sie vorgestern nicht gesagt. Ich behaupte, was man aus den Handwerkerkammer- und Handelskammerberichten entnehmen kann, daß das Ergebnis in den städtischen Schulen garnicht viel besser ist als das der Landschulen, obwohl die Voraussetzungen viel bessere sind als auf dem Lande. Daher kommt es vielleicht auch, was Herr Abg. Eichhorn vorher sagte und der Geschäftsmann, der mir so geklagt hat, sagte: Man muß die Kinder in bessere Schulen schicken. Daher kommt es vielleicht, was Herr Abg. Eichhorn ausführte, daß man in den Städten anfängt, Bürgerschulen einzurichten. Wahrscheinlich kommt es daher, weil es notwendig ist.

Was mag nun der Grund sein, daß es in den Schulen nicht besser ist? Ich glaube, daß das vielfach daran liegt,

daß man den Realstoff zu sehr übertreibt und dadurch die Hauptsache vernachlässigt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wenn ich so daran denke, welche Erfahrungen ich im Laufe der Jahre in der Schule gemacht habe, so muß ich sagen, was mußte da alles gelernt werden, es wurden die Köpfe vollgepfropft bis dort hinaus, und die Hauptsache haben die Kinder nicht gekonnt. So wurde bei einer Prüfung ein Aufsatz gegeben „Baden unter den Römern“ (Seiterkeit; Abg. Frühau f: Das war eine Kropfheizung! Seiterkeit). Dazu bedurfte es natürlich sehr langer Erklärungen. Ein anderer Aufsatz lautete: „Das Grab im Busento.“ Da ist eben immer die Hauptsache vergessen worden, und darin liegt der Mangel; nur wenn wir wieder dahin kommen, daß mehr den Hauptsachen die Aufmerksamkeit geschenkt wird, so werden sich die Verhältnisse bessern.

Nun soll es ja anders werden durch den neuen Lehrplan. Es hat mir bisher geschehen, als ob es sich nur darum handle, 4 Stunden mehr Unterricht zu geben; allein das ist es nicht, was die Unzufriedenheit hervorgerufen hat, sondern diese hängt mit anderen Dingen zusammen. Es war ein großer Fehler des Großh. Oberschulrats, daß er den Kreis Schulräten in gewissem Sinne freie Hand gegeben hat, daß er nicht gesagt hat, so und so wird es gemacht, sondern daß er ihnen die Möglichkeit gegeben hat, je nach Gutdünken weiter zu gehen. Wir haben nun den Zustand, daß der eine es so und der andere es anders macht, und die Folge davon ist ein großes Durcheinander in den Schulen. Ich will Ihnen einige Beispiele vorführen, wie sich das im Leben macht, und dann werden Sie begreifen, warum das Volk unzufrieden geworden ist. Das Volk sieht keine Früchte der Schule. Da ist eine Schule mit drei Lehrern, die bis dato sechs Klassen hatte; und es herrschte im ganzen annehmbare Verhältnisse, es waren nämlich in jeder Klasse 30—35 Kinder und nur in einer 60. Nun kommt das neue Dingsda (Seiterkeit), der neue Lehrplan, und da wird alles auf 4 Klassen zusammengeschweift, wodurch natürlich die Schülerzahl in den einzelnen Klassen erhöht wird. Da wird der Herr Abg. Eichhorn doch nicht behaupten können, daß das eine Verbesserung ist! (Abg. Eichhorn: Das ist es nicht!) Früher, in den kleinen Schulen, lernten die Kinder mehr, und jetzt wirft man alles zusammen. Hätte man dem bisherigen Zustande gegenüber jeden Tag eine halbe Stunde hinzugefügt, so wäre man auf 19 Stunden gekommen, man hätte auch vielleicht an einem Tage noch etwas mehr, also in der Woche etwa 20 Stunden geben können, und so wäre die Sache glatt abgelaufen; aber bei solchen Einrichtungen konnte eine Verbesserung nicht erwartet werden. Dazu kam, daß alle Kinder vormittags in den Unterricht mußten. In den Familien sind die größten Störungen hervorgerufen worden, die Frauen sind ganz revolutionär geworden, sie sagen, sie hätten jetzt gar nichts mehr; wenn sie zum Bäcker oder zum Metzger schiden wollten, so mußten die Kinder in der Schule sitzen; konnte dann das Mittagessen heran, so seien die Kinder auch noch nicht da. Daher rührt diese außerordentliche Unzufriedenheit.

Ich habe Zuschriften von verschiedenen Gemeinden bekommen. Eine Gemeinde mit drei Lehrern, die bisher 6 Klassen hatte, bekam jetzt nur noch 5 Klassen; die erste Klasse bildet das erste Schuljahr, die zweite Klasse das zweite und dritte Schuljahr, die dritte Klasse das vierte Schuljahr, die vierte und fünfte Klasse das fünfte, sechste, siebente und achte Schuljahr einmal der Mädchen und dann der Knaben. Nun frage ich einen Menschen, ist das eine Verbesserung? Es ist ja schon sehr interessant, daß hier ein Unterschied gemacht wird zwischen Knabenschulen

und Mädchenschulen. Wie wäre da im Anfang, als die neuere Schulreform anfang, ein Geschrei erhoben worden, wie wäre man damals als ein Reaktionsär verschrien worden, wenn man den Vorschlag gemacht hätte, man sollte die Geschlechter trennen. Und jetzt, da kommt es! Dann habe ich hier ein Beispiel von einer Schule, die früher vier Lehrer und acht Klassen, jetzt aber nur noch sieben Klassen hat. In dieser Gemeinde, so wird geschrieben, seien zwei Schulhäuser, die sehr weit auseinander lägen. Wenn nun Kombinationsunterricht ist, so müssen die Kinder haufenweise bei allem Wetter durch den Ort laufen. Das erregt mehr Unzufriedenheit als irgend etwas. In einem anderen Fall sind vier Lehrer vorhanden, und für das erste Schuljahr eine Klasse, dann eine Klasse für das zweite und dritte Schuljahr, je eine Klasse für das vierte und fünfte Schuljahr der Mädchen und Knaben, weiter je eine Klasse für das sechste, siebente und achte Schuljahr der Mädchen und eine Klasse für das sechste, siebente und achte Schuljahr der Knaben. Es ist hier noch beigefügt, das zweite und dritte Schuljahr hätte am Mittwoch nur eine Stunde Religionsunterricht und sonst nichts. Wenn also der Pfarrer den Religionsunterricht nicht halten wolle, so hätten die Kinder einen schulfreien Tag. In der Verordnung ist das natürlich verboten. Endlich noch ein Beispiel. Da ist eine Schule, die früher vier Lehrer und acht Klassen hatte, während es jetzt auch nur sieben sind.

Wenn man solche Dinge sieht, dann wundert man sich wahrhaftig nicht, daß die Bevölkerung unzufrieden ist. (Abg. Eichhorn: Liegt denn das an dem neuen Schulplan?) Darum werden Sie doch begreifen, wie recht wir mit unserem Antrag hatten, die Petition, die ja in manchen Punkten etwas inhaltbar ist, der Regierung empfehlend in dem Sinne zu überweisen, daß sie den Lehrplan schonend durchführe. Man soll doch Rücksicht auf die Verhältnisse nehmen, man soll doch solche Sachen nicht machen. Wir dürfen doch nicht vergessen, daß namentlich bei diesen Kombinationen es recht große Unzulänglichkeiten geben kann. Mit Recht hat der Herr Kollege Obkircher gesagt, es müßten doch auch die Voraussetzungen gegeben sein, bevor man solchen Unterricht einführe. In einer Gemeinde, die bis dato ganz annehmbare Verhältnisse hatte, wo jede Klasse 32 bis 35 Schüler hatte, hat man auf einmal die Kinder zusammengeworfen, so daß eine Klasse 60 Schüler zählt. Die Schulzimmer reichten nicht mehr und die Gemeinde mußte sich herbeilassen, das Schulhaus zu erweitern; sie benötigte dazu die Wohnung des Unterlehrers und hatte dadurch nicht nur die Kosten für die Bauausführung, sondern sie hat jetzt auch keine Unterlehrerwohnung mehr und muß Wohnungsmiete bezahlen. In dem größeren Lokal ist es auch nicht besonders angenehm, der Ofen mußte verjagt werden, die Bänke mußten anders gestellt werden, die Fenster wurden mit Vorhängen versehen, infolgedessen ist das Licht in der ganzen Schule ungünstiger. Die Gemeinde hatte gleich anfangs Einsprache beim Herrn Kreis Schulrat erhoben, bekam aber keine Antwort; erst nach einem halben Jahre kam er und hob dann schließlich die ganze Neuordnung wieder auf. Aber, wie gesagt, die Veränderungen waren durchgeführt. Die Neuordnung hat ungeheure Schwierigkeiten in den Gemeinden herbeigeführt, und man darf wahrhaftig hoffen, daß die Großh. Schulverwaltung diesen Verhältnissen doch nach Möglichkeit Rechnung trägt.

Was die Unterrichtsfächer anlangt, so muß der Realstoff etwas vermindert u. dürfen die Kinder nicht in der Weise überfüllt werden, wenn ich mich so ausdrücken darf. (Zuruf des Abg. Frühau f. — Abg. Dr. Schofer zum Abg. Frühau f: Der Katechismus hat es Ihnen doch

angetan, Herr Fröhlich! — Abg. Fröhlich zum Abg. Dr. Schofer: Ihnen der Realstoff! Ich will Ihnen da einmal etwas über den Realstoff vorlesen. Da ist z. B. unter Geographie (das ist ja ganz nett, daß die Kinder über ihr Land und Heimat das Notwendige lernen) für das 1. Schuljahr — wohl gemerkt, Herr Fröhlich, für das 1. Schuljahr, das sind also Kinder von 9 bis 10 Jahren — vorgeschrieben:

„Grenzen, Ausdehnung und Flächeninhalt des Amtsbezirks, Höhe des Heimatortes und des nächsten Berges über der Meeresfläche.“

Allgemeine, vom Wohnorte ausgehende Beschreibung des Großherzogtums: Die zwei Hauptgebirge, das Hügel- und das Rheinebene. Der Rhein mit dem Bodensee, die Donau, die Wutach, die Wiese, die Elz mit der Dreilam, die Kinzig mit der Schutter, die Murg, die Alb, der Neckar mit der Enz, der Main mit der Tauber; die wichtigsten Orte an denselben. Betrachtungen über das Klima, die Fruchtbarkeit des Bodens und die hauptsächlichsten Erzeugnisse desselben. Die Landschaftsbezeichnungen Hegau, Vaar, Markgräflerland usw. Die Volksstämme des Landes, ihre Verbreitung und Mundarten, Einwohnerzahl, Religionsbekenntnis und Erwerbsverhältnisse, letztere im Zusammenhang mit dem Klima und der Bodengestalt.

Im Winterhalbjahr eingehendere Beschreibung des Großherzogtums: Grenzen und Flächeninhalt. Einteilung in Kreise. Die Gebirgszüge und Täler mit Angabe ihrer Richtung. Die Erz-, Kohlen-, Torf- und Salzlager und ihre Verwertung. Alle ansehnlicheren Flüsse und ihre Richtung. Die Heilquellen. Die namhaftesten Orte des Landes nach den Flußgebieten, zugleich mit Rücksicht auf ihre besonderen Erwerbsverhältnisse, Anstalten usw. Im Anschlusse an die Beschreibung der Orte die wichtigsten Sagen und geschichtlichen Ereignisse. Die Eisenbahnen, Schiffsfahrtswege und Hauptstrazenzüge.

Gegen Ende des Schuljahres Wiederholung der Heimatkunde des Wohnortes und des Amtsbezirks.“ (Abg. Fröhlich: Sehr gut!)

Ich möchte einmal den Herrn Kollegen Fröhlich examinieren, ob er imstande ist, all diese Dinge zu beantworten. (Große Heiterkeit. — Abg. Fröhlich: Bitte, fangen Sie nur an! Heiterkeit.) Also, was für Orte liegen an der Elz? — Keine Antwort! (Stürmische Heiterkeit.) Es ist ja sehr nett, wenn man all die Dinge weiß, aber es handelt sich doch um Kinder von 9 und 10 Jahren! (Zurufe: Das ist doch nichts Neues, das war früher schon so!) Um so trauriger, daß es nichts Neues ist! Und so geht es durch den ganzen Lehrplan hindurch. Das 5. Schuljahr hat Deutschland, das 6. Schuljahr bekommt Europa, das 7. Schuljahr die außereuropäischen Erdteile usw. Das ist des Guten zu viel. Da wird der Kopf vollgepropft mit Dingen, die schnell wieder vergessen werden, und die Hauptsache wird nicht erreicht. Das ist meine Ueberzeugung. Also ich glaube, die Großh. Regierung, der Oberschulrat, hat allen Grund, sich die Sache recht wohl zu überlegen. Der Herr Berichterstatter über die Petitionen hat gesagt, der Landtag könne jetzt nichts machen, der Landtag habe die Novelle erst vor zwei Jahren beschlossen und könne jetzt schon nichts ändern. Allein über diese Dinge hat der Landtag absolut nichts beschlossen. Es sind mir drei Punkte im Gedächtnis. Der erste ist, daß der Lehrer zu 36 Schulstunden angehalten werden kann, der zweite, daß er Ueberstunden bezahlt bekommt, und der dritte, daß er nicht mehr als 70 bis 100 Kinder haben soll. Alles andere ist vom Landtag nicht beschlossen worden und im Landtag auch nicht behandelt worden. Ich erinnere mich, ich war auch in der Kommission, ich habe wiederholt gefragt, wie nun die Dinge werden sollen,

allein man hat niemals eine bestimmte, sichere Antwort gegeben. Der Landtag kann also heute ganz gut andere Bestimmungen treffen. Wie gesagt, wenn verfügt würde, es soll jeden Tag eine halbe oder den einen und anderen Tag eine ganze Stunde zugelegt werden, so wäre die ganze Sache glatt gegangen, und dann wären die vielen Schwierigkeiten nicht mehr da.

Ich will nun noch einige Einzelbemerkungen machen. Die Lehrerseminare sollen simultanisiert werden, haben sowohl Herr Jhrig als auch Herr Eichhorn verlangt. Gründe merkwürdiger Art werden angeführt, z. B. die Lehrer müßten ja an der simultanen Volksschule Unterricht geben, sie sollten demgemäß auch in einer solchen simultanen Schule gebildet werden. Ja, werden denn die, welche in einer Simultanschule gebildet werden, wirklich simultaneisch? Ich glaube, der katholische Lehrer bleibt katholisch, der protestantische bleibt protestantisch! Es gibt nur ein Weg, der die Herren simultanisiert, das ist der Weg des Unglaubens, der Weg, den Religionsunterricht abzuschaffen. Das ist offenbar das Ziel des Herrn Abg. Jhrig, denn er hat ja gerade getadelt, daß die jungen Leute noch zum Religionsunterricht und namentlich zu Religionsübungen angehalten würden. (Abg. Jhrig: Diese Uebungen sind etwas anderes als Religionsunterricht, verehrter Herr Kollege!) Was sagen Sie, wenn man einen Unterricht gibt im Rechnen und nie rechnen läßt? Ist das ein Rechenunterricht? Zur Theorie gehört doch die Praxis, und nur dann, wenn die Theorie und die Praxis zusammenhängen, dann gibt es ein gutes Stück! Das ist überall im Leben so! Also, Sie meinen, der Religionsunterricht solle völlig aus der Schule entfernt werden. (Abg. Jhrig: Das habe ich gar nicht gesagt! Religionsunterricht ist etwas anderes als gemeinsame Beichtgänge, zu denen die Schüler geführt werden. Ich habe mich nicht für Abschaffung des Religionsunterrichtes ausgesprochen!) Wer nur dafür ist, daß der Religionsunterricht ohne Praxis abgehalten wird, der will den Religionsunterricht schädigen, darüber geben wir uns gar keiner Täuschung hin. (Sehr richtig! beim Zentrum.)

Der Herr Kollege hat dann den berüchtigten Fall von Speyer angeführt und hat darauf hingewiesen, welches Schreckliches dort geschehen sei. Was ist denn dort geschehen? Ein Student ist gemahregelt worden, weil er kommuniziert hat, ohne gebeichtet zu haben, nicht weil er nicht gebeichtet hat! (Widerspruch.) Wenn der junge Mann weder gebeichtet, noch kommuniziert hätte, dann wäre ihm sicher nichts passiert; aber das eine zu tun und das andere zu lassen, das war ein religiöser Frevel, und das gehörte gemahregelt! (Abg. Fröhlich: Das geht doch den Staat nichts an!) Das geht den Staat gar nichts an? Der Staat erklärt den Religionsunterricht als einen wichtigen Gegenstand des Unterrichtes. Ich muß sagen, nachdem die vorige Woche hier im Hause über die Wichtigkeit des Religionsunterrichtes verhandelt worden ist, hätte ich nicht geglaubt, daß ich heute noch solche Dinge vorbringen müßte.

Wir haben also jetzt teils katholische, teils evangelische, teils gemischte Seminare. Es hat also jeder Vater, der seinen Sohn Lehrer werden lassen will, die Wahl. Diese Wahl soll ihm nun genommen werden, und er soll gezwungen werden, seine Kinder mit allen anderen zusammen in simultanisierte Anstalten zu geben? Die Freiheit des Einzelnen soll untergraben werden? Wo bleibt da die demokratische Freiheit? (Lebhafte Zwischenrufe. Glocke des Präsidenten. Der Präsident bittet, den Redner nicht zu unterbrechen.) Es muß doch Jeder einsehen, daß es allerlei Unzuträglichkeiten gäbe, wenn ein Seminar

ohne Not summanisiert würde. Es würde in einer solchen Anstalt alles auf Schwierigkeiten stoßen.

Es ist auch über die *Internate* gesprochen worden, und ich muß da auch eine Bemerkung machen über etwas, das mir zugekommen ist. In Meersburg ist der 5. Kurs ein externer, und da wird mir gesagt, diese Externen säßen am Abend bis spät in die Nacht im Wirtshaus, spielten Kartes, puffierten, machten Lärm usw. Auch wird mir gesagt, gerade in Meersburg — das möchte ich besonders der Großh. Regierung mitteilen — sei ein Lehrer, welcher in der Schule gottlosen Unterricht gäbe. Die Seminaristen, die heimgelassen seien, sollen sich bitter darüber beklagen. Eine Mutter habe bei dem Briefschreiber Klage geführt, sie habe ihren Sohn sehr gut erzogen und in Meersburg seien ihm nun solche Sachen gelehrt worden, sie wisse gar nicht, was sie tun solle! Ähnlich spreche sich ein anderer Vater aus, der auch einen Sohn in Meersburg habe. Wohin soll denn das kommen, wenn in einem Lehrerseminar, wo künftige Lehrer und künftige Religionslehrer erzogen werden sollen, vollkommene Gottlosigkeit, voller Unglaube gelehrt wird, wie z. B. die Abstammung des Menschen vom Affen usw. (Große Heiterkeit links.) Was soll für ein künftiger Lehrerstand daraus werden! (Sehr richtig! beim Zentrum.)

Zum Schluß noch eine Bemerkung. Es ist eine sehr große Täuschung, wenn der Herr Abg. Eichhorn meint, die Petition sei in die Massen hineingetragen worden. Das ist nicht so. Es sind viele Gemeinden in der Petition nicht genannt, von denen ich weiß, daß auch dort eine große Unzufriedenheit herrscht. Wir haben also allen Grund, die Sache sehr ernst zu nehmen, und ich will hoffen, daß es dem Großh. Oberschulrat gelingt, unter Berücksichtigung aller Verhältnisse die Sache auf den Weg zu bringen, der den Boden für eine gezielte Weiterentwicklung gibt. (Beifall im Zentrum.)

Oberschulratsdirektor Geh. Rat Dr. v. Sallwürf: Gestatten Sie, daß ich die Angelegenheiten, die uns hier beschäftigen, einmal betrachte, so wie sie der Schulmann ansieht.

Unsere badische Volksschule ist und war die *Halbtagschule*. Daß wir die Halbtagschule beibehalten haben, das widerlegt schon den Vorwurf, daß unsere Schulorganisation keine Rücksicht nähme auf die ländlichen Verhältnisse. (Abg. Ehrig: Sehr richtig!) Im Gegenteil, die ländlichen Verhältnisse sind bei uns so eigenartig, daß sie von Anfang an einen großen Einfluß auf die Gestaltung unseres Volksschulwesens ausgeübt haben, und daß wir auch jetzt, wo eine Erweiterung des Unterrichtsplanes sich notwendig erwiesen hat, auf dieser Grundlage stehengeblieben sind.

Der alte Volksschulplan war ja sehr einfach. Da war alles klar, da ging alles glatt. Jede Klasse hatte, wie jetzt noch die unteren drei Schuljahre, 16 Stunden in der Woche, und diese wurden so gegeben, daß am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag vormittags 3 Stunden für die oberen Schuljahre, nachmittags 3 Stunden für die unteren Schuljahre erteilt wurden; das machte zusammen 12 Stunden; die 4 Stunden, die dann noch zu vergeben waren, fielen auf den Mittwoch und Samstag Vormittag von 8 bis 10 Uhr für die eine Abteilung und von 10 bis 12 Uhr für die andere. Das war außerordentlich einfach, und kein Schulmann würde den Gedanken gehabt haben, diese einfachen und klaren Bestimmungen zu ändern, wenn das nicht absolute Notwendigkeit gewesen wäre.

Es ist keine Frage, daß unsere Volksschule hinter den Bedürfnissen der Gegenwart und hinter der stark angewachsenen Frequenz zurückgeblieben ist. Es mußte hier eine Erweiterung stattfinden. Und wir haben sie auf die allerbescheidenste Weise vorgenommen, indem wir für die unteren 3 Schuljahre die 16 Stunden beliehen, für die oberen Schuljahre aber 4 Stunden hinzulegen. Es ist keine Ueberraschung für das Land gewesen, daß der neue Unterrichtsplan von 1906 das verlangt hat. Im Gesetz stehen diese 16 und 20 Stunden ja allerdings nicht, sondern nur im Unterrichtsplan; im Gesetz aber stehen die 36 Stunden, die jetzt vom Lehrer verlangt werden können. 16 Stunden Unterricht in jeder Klasse macht bei zwei Klassen 32 Stunden; 4 Stunden hinzugerechnet, gibt zusammen 36, und diese 36 Stunden stehen im Gesetz. Man hat also im letzten Landtag von dem zu erwartenden Unterrichtsplan so viel gemußt, daß der neue Unterrichtsplan unmöglich eine Vergewaltigung gewesen sein kann.

Nun waren ja viele Dinge zu gleicher Zeit zu tun. Es gibt heutzutage viel mehr Kinder als früher, man braucht mehr Lehrer, man braucht mehr Schulräume, man braucht für mehr Lehrer auch mehr Seminaristen; für den erweiterten Unterricht braucht man auch mehr Stunden — und so ergab sich für denjenigen, der diese Dinge durchzuführen hatte, eine große Reihe von Aufgaben, die sozusagen zur gleichen Zeit nebeneinander in Angriff genommen werden mußten. Ich sage es hier sehr gerne, daß die Aufgabe, das alles in die Wege zu leiten, meinem leider verstorbenen Kollegen Beygoldt zugefallen war, der nicht bloß ein hervorragender Schulmann, sondern auch eine Herde dieses hohen Hauses gewesen ist. Jetzt macht man ihm da und dort den Vorwurf, daß er die Dinge mehr nacheinander hätte betreiben sollen: er hätte zunächst einmal dafür sorgen sollen, daß die Schulhäuser erweitert werden, daß für die größere Anzahl der Lehrer die in die Schulen hinauskommen, nicht bloß weitere Schulräume beschafft, sondern daß auch der betreffende Wohnraum vorgesehen worden wäre, den der neue Unterlehrer braucht. Das kann man recht wohl sagen, und die großen Schwierigkeiten, mit denen wir zu rechnen haben, kommen ja zum Teil allerdings davon her, daß man nicht warten konnte, bis Eines um das Andere besorgt war. Aber wir wären, wenn dann Eines besorgt gewesen wäre, vielleicht wieder mit dem Andern in Rückstand gekommen; wir hätten die Sache gar nicht vorwärts gebracht.

Gerade in bezug auf das, was ja vielleicht zuerst in Angriff zu nehmen war, sind die Gemeinden außerordentlich zähe. Denn das erste, wenn man sein säuberlich und langsam vorgehen wollte, war die Forderung, daß ein neuer Schuiraum und daß ein bescheidenes Zimmer beschafft werde, in das der neue Unterlehrer einziehen könne. Wir schreiben das an die Gemeinden; nun kommt ein Bericht des Bezirksamts, die Gemeinde sei in übler Lage, sie hätte eben einen Farrenstall bauen müssen (Hört, hört! und Heiterkeit), und sie könne jetzt vorderhand für einige Zeit nicht an die Schule denken. Wenn wir in der Schulverwaltung auch für die Farrenställe zu sorgen hätten, würden wir in einem solchen Falle wohl sagen, man solle zunächst das Schulzimmer und dann den Farrenstall bauen (Sehr richtig! und Heiterkeit); aber das liegt nicht unserer Macht.

Oder ein Fall, der vor kurzem in einem sehr aufgeregten und auf Aufregung berechneten Zeitungsartikel behandelt worden ist: In einer Schule war ein Lehrer; die Schülerzahl bewegte sich um die 90 herum, sie ging einmal bis auf 84 zurück und stieg dann wieder über 90. Nach dem alten Gesetz war dieser Zustand zwar nicht an-

genehm, aber noch einigermaßen zulässig. Als das neue Gesetz und mit ihm die Forderung des § 14 kam, daß in Zukunft auf die Dauer auf einen Lehrer nicht mehr als 70 Schüler zu rechnen seien, hatte sich zu gleicher Zeit auch die Frequenz so gehoben, daß sie nun seit einer Reihe von Jahren 100 überschreitet. Wir mußten also einen zweiten Lehrer dorthin senden. Dazu war aber natürlich notwendig, daß ein Lokal geschaffen wurde, und das ist heute noch nicht da. (Abg. Süßkind: Hört! Hört!) Der Lehrer, der die große Aufgabe hatte, 112 Kinder, unter Umständen also, nach der neuen Einrichtung, in einem Zimmer, zu unterrichten, zeigte sich der Aufgabe nicht mehr gewachsen; er sah das selber ein und hat sich nun auf den Weg der Bewerbung begeben, um an eine andere, leichtere Stelle zu kommen. Wir haben dafür gesorgt, daß ein anderer Lehrer hinkomme; nur haben wir nicht daran gedacht, einen Tausendfüßler zu finden, der die Aufgabe, die dem einen nicht möglich war, sozusagen im Sandumdrehen erledigte, sondern wir wollten erst das Lokal besorgt haben, damit, wenn der Lehrer von der Gemeinde, mit der er unzufrieden ist, wegkäme, die Verhältnisse nach dem neuen Gesetz geordnet werden könnten. Die Gemeinde weigert sich aber, irgend einen Schritt zu tun; bevor der erste Lehrer weg sei, werde sie nichts tun, und sie werde an diesem Fall doch einmal zeigen, ob denn die Gemeinden nichts mehr in diese neue Ordnung hereinreden hätten. (Hört! Hört!) Das ist ein Fall, eine von den vielen Schwierigkeiten, die wir haben.

Nun, die vier Stunden, unsere bescheidene Minimal-Forderung, wie werden die untergebracht? Sie werden untergebracht, indem man sie auf den Mittwoch und Samstag legt, und da tritt nun allerdings Kombination ein, der in der Lehrerversehrung viel, ganz und gar verurteilt wird. Ich gestehe ohne weiteres zu, daß wir Kombinationen haben, die ganz und gar verwerflich sind, aber der Kombinationsunterricht an und für sich ist so tabuliert nicht. Wir haben die Halbtagsschule, die anderen Staaten fast alle die Ganztags- und die einklassige Schule, wo die Kinder am Vormittag und am Nachmittag zusammenkommen. In einer solchen Schule hat ein Lehrer alle acht Schuljahre zu gleicher Zeit zu unterrichten; das ist in Preußen auch bei ganz guten Schulen der Fall. Ein Mann, den ich persönlich sehr gut gekannt habe, vielleicht der allerherorragendste Volksschullehrer, den Preußen je gehabt hat, Dörpfeld (der Vater des bekannten Archäologen Dörpfeld), hat nie an einer anderen Schule als an einer einklassigen gearbeitet, und er hat ein sehr bemerkenswertes Buch darüber geschrieben, daß diese eigentlich die glücklichste Einrichtung der Volksschule sei. Wenn wir also jetzt sozusagen einen Rückfall von unserer mindestens zweiklassigen Schule in die einklassige haben, so ist dieser Rückfall so bedenklich nicht, wie er denjenigen erscheinen mag, die es als ein ganz besonderes Lob der badischen Schulorganisation angesehen haben, daß sie sich nie zur einklassigen Schule heruntergelassen habe. Man kann Kombinationsunterricht erteilen, der durchaus unbedenklich ist. Und ganz ungewohnt ist diese Art des Unterrichts auch unseren Lehrern nicht, denn diese haben auch schon Abteilungsunterricht gehabt. Da waren z. B. die drei unteren Schuljahre vereinigt, und da mußten doch auch zwei Abteilungen gemacht und eine Abteilung schriftlich beschäftigt werden, während die andere vom Lehrer direkt unterrichtet wurde. Also so etwas ganz Neues ist das nicht.

Die Schwierigkeiten kommen nur daher, daß das Gesetz noch nicht durchgeführt ist. Selbstverständlich kann aber die Forderung, daß auf einen Lehrer nicht mehr als 70 Kinder kommen, nur in einer längeren Folge von Jahren durchgeführt werden. Man hat ausgerechnet, daß

uns gegenwärtig 943 Lehrer fehlen. Die Rechnung stimmt natürlich für den gegenwärtigen Augenblick nicht mehr. Aber wenn das Gesetz einmal ganz durchgeführt sein wird, so werden nicht bloß die 900 sondern auch noch mehr weitere Lehrer in unseren Schulen sein; dafür sind eben die neuen Seminargründungen notwendig gewesen. Gätten wir jetzt schon diese 900 Lehrer, so wären sie für uns natürlich eine ungeheure Verlegenheit, denn wir hätten die Räume nicht, sie unterzubringen. Es muß also langsam vorgegangen werden. Aber eigentümlich ist es doch, daß die nämliche Schulzeitung, die diese Ausrechnung gebracht hat, gegen die ich sonst gar nichts einzuwenden habe, die uns bewiesen hat, welcher ungeheurer Lehrermangel wir haben, in einer der folgenden Nummern das Gegenteil sagt, nämlich, der Oberschulrat hätte vor, eine ungeheure Ueberfüllung an Lehrern hervorzu bringen, um zu beweisen, daß kein Lehrermangel da sei. (Lachen im Zentrum.) Das widerspricht sich doch ganz und gar! Wir haben jetzt die notwendige Anzahl von jungen Aspiranten an unseren Lehrerbildungsanstalten. Bei der Aufnahme in Heidelberg konnte nicht einmal die Hälfte berücksichtigt werden; bei der Aufnahme in Freiburg mußten Doppelkurse gemacht werden. Die provisorischen Kurse in Lahr und Billingen haben, ich möchte beinahe sagen leider, über 30 Höglinge aufgenommen. Wir müssen aber aus einem Grunde, den ich gleich sagen will, die Klassen noch sehr voll halten und können auch unsere Parallelkurse vor der Hand nicht fallen lassen, denn durch die Erweiterung der Seminarien von fünf auf sechs Klassen fällt jedesmal, wenn diese Erweiterung für ein Seminar eintritt, ein Jahrgang an der betreffenden Anstalt aus. Wir müssen also einigermaßen für die Zukunft sorgen und haben gegenwärtig so gut gesorgt, als wir können. Es ist aber durchaus nicht beabsichtigt, wie es von einigen Rednern befürchtet worden ist, daß wir in Lahr und Billingen, wenn das Bedürfnis sich herausstellt, beim Vorseminar stehen bleiben. Wenn wir mehr Leute brauchen — und das Bedürfnis wächst ja von Jahr zu Jahr —, so werden wir diese Anstalten weiter ausgestalten. Mit dem, was gegenwärtig in unserem außerordentlichen Budget steht, ist ja noch nicht für alle Zukunft gerechnet. Neue Organisationen werden immerhin kommen.

Wir haben, wie erwähnt, sehr viele Dinge zu gleicher Zeit zu besorgen gehabt, und die Unterbringung der ominösen vier Stunden hat uns außerordentliche Schwierigkeiten, den Kreislehrern und den Ortschulbehörden manches Kopfzerbrechen verursacht, das sich später geben wird. Es sind da einige bedenkliche Einrichtungen getroffen worden, die die Schulverwaltung erst später erfahren hat; denn die unmittelbare Ausführung ist zunächst nicht ihre Sache. Man hat in einem Raum, der vielleicht für 60, 70 Kinder reichte, um eben diesen Kombinationsunterricht einzurichten, über 100 hineingebracht, so daß es sogar gesundheitlich bedenklich war, hier nur unterrichten zu lassen. Man hat, wenn die Frequenz zu groß wurde, die Klasse, die in die andere so zu sagen heringeschoben worden war, wieder in Abteilungen zerteilt, zweimal, in einzelnen Fällen sogar dreimal, so daß der Zusammenhang des Unterrichts vollständig gestört worden ist.

Von diesen Dingen spricht der Erlaß, den wir an die Kreislehrer hinausgegeben haben, die wir zu einer Versammlung auf den nächsten Monat einberufen haben, wo nun alle diese Dinge besprochen werden und alle Ungleichheiten, soweit es irgendwie möglich ist, ausgeglichen werden sollen. Ich darf über diese Versammlung, weil mehrfach von ihr die Rede war, vielleicht auch ein paar Worte sagen. Es ist angeregt wor-

den, ob wir dazu nicht etwa eine Auswahl hervorragender Volksschullehrer beziehen sollten. Das ist ja bei Feststellung des Unterrichtsplans geschehen; da ist eine große Versammlung der Kreisschulräte mit Volksschullehrern hier zusammenberufen worden, der der neue Unterrichtsplan vorgelegt wurde. Die Versammlung jedoch, die wir im nächsten Monat haben werden, ist eine der vorgeschriebenen Kreisschulversammlungen, die ihren ganz bestimmten Charakter hat und wozu wir die Anwesenheit der Volksschullehrer vor der Hand nicht für richtig halten. Es liegt in meinen Plänen, eine Anzahl von hervorragenden Volksschulmännern an einer anderen umfassenderen und intimeren Arbeit zu beteiligen; aber bei der Kreisschulratskonferenz dürfen wir nur gerade diese Instanz der Schulaufsicht zusammeneheben, und wir wollen bei dieser Gelegenheit gar nicht etwa eine Revision des Unterrichtsplanes, wie es wohl etlichen der Herren Rednern vorgeschwebt hat, vornehmen, sondern wir wollen zunächst nur, um es ganz kurz zu sagen, die Massenbildung und die Schwierigkeiten, die sich derselben entgegenstellen, behandeln. Das ist eine Sache, die wesentlich von den Kreisschulräten eingerichtet wird; hier brauchen wir die Erfahrung der Kreisschulräte. Sollten wir dazu Lehrer nehmen, so müßte man ja zunächst an die Lehrer der großen Städte denken, denn in den großen Städten werden ja wohl die hervorragendsten Volksschullehrer sein. Diese kennen aber wieder diese Dinge aus eigener Anschauung wohl gar nicht. Sollten wir aber von Volksschullehrern selbst uns dasjenige sagen lassen, was wir jetzt wissen müssen, so würden wir etwa deren 200 nach Karlsruhe zusammen kommen lassen müssen. Was diese sagen könnten, wissen die Kreisschulräte aber ebenso gut, und sie wissen auch noch vieles andere. Also für diesen Anlaß werden uns die Volksschullehrer eine besondere Hilfe nicht bieten können. Den Gedanken der Beteiligung der Volksschullehrer an unseren Beratungen, wie er ja in unseren Verordnungen schon festgelegt ist, habe ich durchaus nicht aus meinen Plänen ausgestrichen. Nur im gegenwärtigen Fall würde sie keinen rechten Zweck haben, und sie wird deshalb nicht stattfinden.

Ich muß wiederholen: Wir haben gar nicht im Sinne, den Unterrichtsplan zu revidieren; ich halte eine Revision dieses Unterrichtsplanes und eine Zurücknahme dieses Planes für vollständig untunlich. Wir haben die Notwendigkeit eingesehen, viel mehr Realunterricht in den Lehrplan hereinzu ziehen. Aber das ist nicht etwa ein didaktischer Materialismus, die Lust, Stoff anzuhäufen, der vielleicht für einzelne einmal nützlich sein kann, für die Allgemeinheit aber keinen Nutzen hat. Nein, so ist die Sache nicht. Wir haben uns in den unteren Schuljahren mit den 16 Stunden begnügt. Aber was heißen diese 16 Stunden? Nehmen Sie die drei Stunden, die der Religionsunterricht beansprucht, weg, so bleiben täglich noch zwei Stunden für die Fertigkeiten des Schreibens, Lesens und Rechnens. Wir haben geglaubt, daß man damit etwa noch auskommen könne. Ich habe allerdings meine Bedenken auch in dieser Beziehung; aber wir versuchen es einmal. In dieser Beziehung wird also nichts anderes geschehen, als was bisher geschehen ist. Aber man muß hier noch ins Auge fassen, daß dieser wesentlich formale Unterricht, wie das Lesen und Schreiben ihn mit sich bringt, eben gerade die Schwäche zeigt, die bei Kindern, die die einfache Volksschule durchgemacht haben, so oft wahrzunehmen ist: Diese Fertigkeiten, das Lesen und Schreiben, verflüchtigen sich außerordentlich leicht, wie sich in unserem Gedächtnis alles verflüchtigt, was nicht vielseitig verbunden ist mit anderen Gedanken, mit anderen Vorstellungen.

(Abg. Fr ü h a u f : Sehr gut!) Jeder Mensch, der etwas fest in seinem Gedächtnis bewahren will, verbindet es mit anderen Dingen, von denen er weiß, daß sie in seiner Erinnerung festhaften. Wer nichts anderes hat, hat doch ein Taschentuch, in das er einen Knoten hineinmacht, und wenn er den Knoten wieder sieht, ist die Ideenassoziation hergestellt. Das ist eine Erfahrung des gewöhnlichen Lebens. Die Didaktik muß möglichst viele Verbindungen herstellen; das ist aber nur möglich, wenn außer dem formalen auch realer Unterricht gegeben wird. Darin können wir leider in den unteren Schuljahren bei der beschränkten Unterrichtszeit außerordentlich wenig tun.

Der neue Unterrichtsplan hat nach dieser Seite durch die Heimatkunde einen außerordentlich großen Fortschritt gemacht. Das ist vielleicht das Beste, was in unserem neuen Unterrichtsplan steht, von dem ich ohne weiteres zugestehle, daß er einzelne angreifbare Punkte immer noch enthalten wird, in bezug auf welche ich aber die allgemeine Bemerkung einschalte, daß jeder neue Lehrplan seiner Natur nach eine provisorische Gestaltung ist. (Zustimmung links.) Man führt in ein in die Schule, erprobt ihn, und nach weniger Zeit weiß man, ob man es so machen kann, wie er es vorschreibt; dann revidiert man ihn und macht so zu sagen eine zweite verbesserte Auflage. Alles, was Menschen zum ersten Male tun, hat seine Mängel; so wird sie auch unter neuer Unterrichtsplan haben. Aber die Einführung der Heimatkunde an Stelle des noch und noch in ganz öden Formalismus ausgearteten Anschauungsunterrichts ist eine ganz hervorragende Leistung dieses Unterrichtsplanes, den der Schulmann als solchen anerkennen muß. (Zustimmung bei den Liberalen.) Das ist die Grundlage der Anknüpfung für den formalen Unterricht. Erst wenn der heimatkundliche Unterricht drei Jahre gedauert hat, kommen dann Geographie, Naturgeschichte und andere Fächer. Ich möchte auch behaupten, daß die Anforderungen, die auf dieser breiten realistischen Grundlage später gestellt werden, nicht so erorbitant sein werden, wie einer der Herren Redner es hingestellt hat. Daß unser Leben und der Konkurrenzkampf, in dem der gemeinste Mann heutzutage steht, einen ausgebeuteten Realunterricht nicht entbehren kann, das ist doch auch gar keine Frage. (Abg. Fr ü h a u f : Sehr gut!)

Ich mag mich auf die Petition der 200 Gemeinden nicht einlassen. Darüber ist von mehreren Seiten ja sehr viel gesagt worden. Ein Schulmann — und hier spreche ich wesentlich nur als solcher — kann zu diesem Schriftstück schwer Stellung nehmen, da es die Leistungen der Volksschule nach den Bedürfnissen des Tagelöhners bestimmen will (Sehr gut! bei den Liberalen). Daß übrigens auch der Tagelöhner schließlich erreichen muß, was in dieser Petition als übertrieben hingestellt wird, nämlich daß er, was jeder Gärtnerlehrling kann, eine Ellipse zu konstruieren oder doch praktisch zu formen weiß, daß er unter Umständen sogar in bezug auf den Geldverkehr das und jenes wissen muß, das ist eine Sache, die jeder Handwerker und Arbeiter zu seinem Schaden manchmal zu spät erfährt (Zustimmung bei den Liberalen und Sozialdemokraten). Wir wollen es ihm rechtzeitig beibringen. Dieser Unterricht ist also ganz und gar unentbehrlich. Und wenn wir, um ihm Raum zu schaffen, nicht mehr als vier Stunden weiter verlangt haben, so ist das gewiß keine übertriebene Forderung.

Daß diese vier Stunden zum Teil schlecht untergebracht worden sind, das gestehe ich ohne weiteres zu; und ich verstehe auch, daß eine Gemeinde, wenn sie, um

Kombinationsunterricht zu vermeiden. Ueberstunden hat einführen müssen, die Last dieser Ueberstunden wieder ungern trägt. Dafür wird aber auch mit der Zeit gesorgt werden können. Es gibt etliche Schulen, die die vier Stunden anders untergebracht haben, nämlich so, daß sie dem dreistündigen Unterricht am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag eine Stunde zufügen. Das kann man wohl so machen; aber da kommt manchmal der Konfirmandenunterricht in die Quere. Dieser ist zwar kein Lehrplanmäßiger Unterricht, er ist Sache der kirchlichen Gemeinden. Aber die Schule hat von jeher, und das geschieht mit unserer Billigung und Unterstützung, für diesen Unterricht Raum und Zeit gern gewährt. Ich darf auch sagen, daß die Geistlichen fast überall in denjenigen Zeiten, wo die Schulen manchmal selbst sich noch nicht ganz zurecht gefunden haben, ein Einsehen hatten und mit den Anforderungen wegen der Zeit für den Konfirmandenunterricht uns nicht sehr belästigt haben. Aber da und dort ist es doch auch vorgekommen, daß der eine oder andere geistliche Herr durch die alte Gewohnheit, gerade in der Stunde und in keiner anderen den Konfirmandenunterricht zu halten, uns Verlegenheiten bereitet hat. In allgemeinen aber wird auch das gehen.

Wir werden also, da diese Erweiterung des Unterrichts um vier Stunden in den oberen Klassen ganz und gar unabweislich ist, durchaus nichts gegen unseren neuen Unterrichtsplan unternehmen, sondern ihn festhalten, indem wir weitere Erfahrungen sammeln und Mittel und Wege zu finden suchen, wodurch diese Erweiterung ohne irgend eine Mehrbelastung nach der einen oder anderen Seite durchgeführt werden kann.

Den Hirtenschulen, von denen so viel die Rede war, ist man so weit entgegengekommen, als es irgend wie noch verantwortlich war. Ich nehme denjenigen, die für diese Schulen gesprochen und die das Interesse der ländlichen Bevölkerung in den Gegenden, in denen sich derartige Schulen befinden, wahrgenommen haben, gar nicht übel, daß sie die Hirtensinder, um die es sich da handelt, wesentlich nur als Arbeitspersonen betrachtet haben. Aber wir in der Schulverwaltung müssen sie doch auch von einem anderen Standpunkt aus betrachten (Sehr gut! bei den Liberalen). In früheren Jahren haben die fremden Hirtensinder, die in Bayern und Oesterreich „gekauft“ worden sind, bei uns keinen Unterricht gehabt, sie wurden zum Volksschulunterricht nicht angehalten. Damals wurde geklagt: „Worum müssen wir unsere Kinder, die badiſcher Abkunft sind, in die Schule schicken, während die fremden Kinder nicht in die Schule gehen müssen? Unsere Kinder nimmt man uns von der Arbeit weg!“ (Geiterkeit bei den Soz. Zurs des Abg. Fröhau). Nun habe ich aus den neulichen Erörterungen der Landwirtschaftskammer entnommen, daß da gerade das Gegenteil gesagt worden ist: „Wie kommt man jetzt dazu, diese fremden Kinder in den Unterricht hereinzuwängen, wo sie in ihrem eigenen Heimatland keinen Unterricht haben würden?“ Unser Standpunkt ist eben der, daß überall da, wo keine besonderen Abmachungen mit den anderen Staaten bestehen, diese Kinder gerade so behandelt werden wie die badiſchen. Das ist doch nur Humanität, daß wir die Jugend, die uns anvertraut ist, wenn auch nur für eine gewisse Zeit, einer gewissen geistigen Bildung und Erziehung teilhaftig werden lassen. (Abg. Dr. Nitz: Sehr gut!) Jetzt haben diese Kinder Unterricht mit den unsrigen, und nun kommen die Beschwerden, warum man nicht wenigstens diese Kinder vom Unterricht befreie? Ich habe gar nichts dagegen, daß diejenigen, welche die Vertreter der ländlichen Gemeinden sein sollen und sein wollen, sich auf diesen Standpunkt stellen; aber es ist eben nicht der unfrieger.

Für die Hirtenschulen sind wir auch zum Beispiel im Turnunterricht soweit gegangen, daß wir hier Dispensationen in weitem Maße zulassen, und damit ist ja die Forderung, daß man hier statt 20 nur 18 Stunden geben solle, eigentlich schon erfüllt. Die Schätzung des Turnens allerdings, wie ich sie da und dort schon gehört und gelesen habe, billige ich nicht, denn, wer so lange beim Militär gewesen ist wie ich, und wer durch so viele Regimenter hindurchgekommen ist wie ich, der macht, wenn er den Turnunterricht bei den Rekruten ansieht, die Erfahrung, wie diese mächtigen Gliedmaßen, die vor uns aufmarschieren, zwar an Kraft und Stetigkeit gar nichts zu wünschen übrig lassen, daß sie aber eigentlich nicht wissen, was sie mit sich selber tun sollen. Dafür ist der Turnunterricht da. Nun gestehe ich allerdings offen, es gibt sehr einfache Schulverhältnisse bei uns, wo, wie ich selber gesehen habe, der Lehrer die Puben auf die staubige Landstraße hinausnimmt oder auf irgend einen Wiesenplatz, der zu gar nichts anderem mehr gebraucht werden kann, und wo er unter Umständen von schlechten Wigen der Vorbeigehenden belästigt wird; dieser Turnunterricht wird sehr viel nicht wert sein. Deshalb kann es auch die Schulverwaltung verantworten, daß in einem solchen Fall dispensiert wird. Nur möchten wir nicht, daß das Turnen darum als etwas Gleichgültiges und Wertloses angesehen wird.

Als etwas sehr Wichtiges und Wertvolles betrachten wir nicht bloß den Turnunterricht sondern auch den Musikunterricht, und zwar nicht bloß bei den Volksschulen sondern auch für die Fortbildungsschüler, und der Erlaß, der am 11. Juni vorigen Jahres hinausgegangen ist wegen der Beteiligung der Fortbildungsschüler an Musik- u. Turnvereinen, betont ganz besonders, indem er auf eine frühere Verordnung hinweist, daß die erzieherische Wirkung, der erzieherische Wert dieser Uebungen von uns voll anerkannt werde. Nur können wir nicht dulden und werden es nicht dulden, daß Schüler durch die Zugehörigkeit zu solchen Vereinen zu demonstrativen Akten derselben beigezogen und zum Wirtshausleben angeleitet werden. Das ist das Einzige, was wir wollen, und darauf müssen wir bestehen.

Am übrigen wird also der Unterrichtsplan vom Jahre 1906 durchgeführt werden, selbstverständlich mit aller der Rücksicht, die der Uebergangszustand, in dem wir uns befinden, uns nahe legt, und der Zweck der Versammlung mit den Kreis Schulräten, die im nächsten Monat stattfinden wird, ist gerade, Mittel zu finden, wodurch den Uebergang leichter gemacht werden kann.

Man hat unserem Unterrichtsplan vorgeworfen, er sei durchaus nur nach dem Bedürfnis der Städte eingerichtet und lasse gar keine Differenzierung zu. Ich kann nicht begreifen, wie man den Vorwurf hat machen können. Früher haben wir die einfache Volksschule gehabt und die erweiterte Volksschule; diese besteht dem Namen nach nicht mehr, statt dessen aber eine große Menge von Möglichkeiten zu den verschiedensten Gestaltungen, je nach dem Wunsche und dem Vermögen der Gemeinden. Es heißt nicht: 16 oder 20 Stunden müssen gegeben werden, sondern 16—24 Stunden und 20—32 Stunden. In diesem großen Raume kann nun alles Mögliche gestaltet werden, und wir wollen eben gerade von unserer Seite aus nicht ohne weiteres bürokratisch befehlen, daß das so und so gemacht werde und nicht anders. Wir wollen also Freiheit lassen, wo z. B. größere Lokale vorhanden sind, wo die Gemeinde wohlhabend ist usw.

Man sagt uns freilich: Dieses „Mehr“ ist nicht notwendig; wozu haben wir die Fortbildungsschule, die Bürgerschulen, und diese große Reihe von höheren Lehran-

halten? Ja, so kann der Vermögliche sagen, aber für die Schulverwaltung und für den Schulmann ist die Volksschule die Schule vorzugsweise. Für diese Schule muß zunächst gesorgt werden, und wenn für sie nicht gesorgt ist, so wird der stolze Bildungsbaum, den man darüber aufrichtet, ein Koloss mit thönerner Basis sein, der in sich selber zusammenstürzt. (Abg. Dr. Vinz und Andere: Sehr gut!)

Auf der anderen Seite bin ich aber nun freilich überzeugt, daß man von einer Seite, wo man die Freiheit in den übrigen Dingen doch gar nicht mißbilligt, und wo gerade die Individualisierung im Unterricht und in der Erziehung verlangt worden ist, diese Individualisierung auf dem Punkt wieder aufgehoben, ja mit aller Gewalt verhindert haben will, wo eine Gemeinde so weit geht, daß sie unter Umständen, was in unserem Lehrplan vorgesehen ist, sogar ein paar Stunden Französisch geben läßt. Diese Bürgerschulen sind nur, was man früher gehobene Volksschulen genannt hat, und sie gehören ganz und gar in die Reihe der Organisationsmöglichkeiten, die der neue Unterrichtsplan geschaffen hat. Ich halte das für etwa sehr Gutes, und warum sollen wir einer Gemeinde, die etwas mehr als das Gewöhnliche für die Bildung und den Unterricht der Kinder tun will, sagen, das gehe nicht? (Auf aus dem Zentrum: Schulgeld!). Das ist eine andere Sache, die berührt uns wenig.

Nun gehe ich noch auf ein paar kleine Punkte ein, die gelegentlich erwähnt worden sind. Es ist gesagt worden, man könne die Dienstprüfung vereinfachen. Das können wir wohl, wir haben es auch schon getan, aber wir müssen die zwei verschiedenen Arten der Dienstprüfung deshalb noch beibehalten, weil Examenverordnungen anderer Art sich darauf beziehen. Zu gewissen anderen Prüfungen sollen z. B. nur diejenigen Lehrer zugelassen werden, welche die Dienstprüfung für die erweiterte Volksschule gemacht haben. Vorerhand besteht diese Bezeichnung noch, und wir müssen diese beiden Arten der Dienstprüfung vorerhand noch bestehen lassen; später kann das ja unter Umständen anders werden.

Dann ist getadelte worden, daß wir zu viel Unterlehrern an den Seminarübungsschulen haben. Das ist ganz richtig; aber es war früher der Grundsatz, diese Stellen so zu besetzen, daß die Besetzung jeden Augenblick geändert werden konnte, wenn der Betreffende sich nicht vollständig für die Stelle eignete. Ich denke, das wird wohl mit der Zeit ein wenig geändert werden.

Ich denke, das ist die Hauptsache von dem, was ein Schulmann und die Schulverwaltung zu den Dingen sagen kann, von denen hier die Rede war. Ich betone noch einmal: Wir können von dem Unterrichtsplan vom Jahre 1906 nicht zurückgehen, nicht etwa deshalb, weil wir nicht vor dem ganzen Lande sagen könnten, daß wir uns getäuscht. Das würde mich in dieser Beziehung gar nicht beirren. Das Hohe Haus hat, wie ich schon bemerkt habe, gewünscht, daß eine Erweiterung des Unterrichtsplanes bevorsteht, als es die gesetzliche Bestimmung von den 36 Stunden angenommen hat, die ein Lehrer erteilen muß, und die Bestimmung, daß in Zukunft nur 70 Kinder auf einen Lehrer kommen sollen. Also, eine Ueberraschung ist das nicht gewesen. Wenn ein großer Fehler gemacht worden wäre, der sich jetzt schon deutlich herausgestellt hätte, so könnte man auch jetzt den Unterrichtsplan gleich wieder zurücknehmen. Aber es ist noch garnicht so viele Zeit vorüber gegangen, daß eine ganz blinde Erfahrung darüber schon gemacht werden konnte. Wir wollen diese Erfahrung in aller Ruhe an uns heranlassen und sie objektiv prüfen (Beifall bei den Liberalen).

Abg. Burkhard (natl.): Ich möchte mich über den neuen Lehrplan im einzelnen nicht verbreiten, auch will ich mich nicht in den Streit mischen, ob die städtischen oder die ländlichen Schulen die besten sind, ich möchte hauptsächlich über den Antrag sprechen, den ich mitunterzeichnet habe, welcher die Uebernahme der durch das neue Schulgesetz verursachten Mehrkosten auf die Staatskasse wünsch. Schon im letzten Landtag ist der Antrag gestellt worden, die Staatskasse solle diese Mehrkosten übernehmen. Aber da der Herr Minister erklärt hat, daß bei Annahme des Antrages das Gesetz zurückgezogen würde, habe ich, damit die sonstige Besserung der Schulverhältnisse und die Besserstellung der Lehrer nicht ins Wasser falle, für das Gesetz, auch für die Uebernahme der Mehrkosten auf die Gemeinden gestimmt. Ich habe mir aber vorgenommen, mit meinen politischen Freunden in diesem Landtag einen Antrag wegen Uebernahme der Mehrkosten auf die Staatskasse zu stellen. Ich glaube, die Regierung würde ein besseres Einsehen haben, wenn wir in diesem Landtag kommen, und, wie ich aus dem Bericht des Herrn Abg. Obkircher ersehen habe, ist sie auch tatsächlich zu einem Entgegenkommen bereit. Nur weiß ich nicht, was ich dazu sagen soll, wenn selbst Herr Abg. Dr. Obkircher, der größte Jurist im Landtag (Geiterkeit), als Berichterstatter sagte, er könne den § 73 des Elementarunterrichtsgesetzes überhaupt nicht vollständig verstehen; da wird man dies noch viel weniger uns zumuten können. Es ist mir bekannt, daß bisher schon viele Gemeinden die Mehrkosten für Schulaufwand abgewälzt haben, sogar solche mit nicht besonders hohen Umlagen, dagegen sind andere Gemeinden mit höheren Umlagen zurückgewiesen worden. So wie ich den § 73 verstehe, können nur solche Gemeinden die Schulkosten auf die Staatskasse abwälzen, wo durch den Schulaufwand 14 Pfennige Umlage verursacht werden. Ich möchte aber in Anbetracht der Verhältnisse wünschen, daß diesmal sämtliche Gemeinden, die mit Mehrkosten belastet sind, an den 60 000 M., die im Nachtragsbudget erscheinen sollen, Anteil nehmen können.

Ich möchte auch noch ein Wort über die Abschaffung der Prügelstrafe sagen. Es steht schon in der Heiligen Schrift, die Bosheit stecke dem Knaben im Herzen, aber die Rute der Zucht treibe sie aus. Wenn man schon vor Tausenden von Jahren die Rute als das beste Zuchtmittel bezeichnet hat, um die Bosheit aus den Herzen der Kinder auszutreiben, so glaube ich, trifft das auch heute noch zu. Ich möchte eher, daß ein Antrag durchzubringen wäre, wonach für erwachsene Subjekte, die ich im Auge habe und von denen es sehr viel gibt, die Prügelstrafe eingeführt würde (Geiterkeit).

Zur Petition der 200 Gemeinden muß ich bemerken, daß mich einige Bürgermeister meines Wahlkreises über den Antrag der Kommission auf Uebergang zur Tagesordnung zur Rede gestellt haben, und dabei erklärt haben, sie hätten die Sache nur so verstanden haben wollen, wie sie auch in unserem Antrag enthalten ist, nämlich daß die Mehrkosten auf die Staatskasse übernommen werden sollten (Sehr richtig!). Etwas anders wollten sie mit der Petition nicht erreichen (Rufe links: Sehr richtig! Hört, Hört!). Sie wollen den früheren Zustand, die früheren Schulverhältnisse durchaus nicht, sie sind für die Verbesserung zu haben (Beifall links). Was aber ihnen wehe getan hat, ist das, daß die Umlagen dadurch um so und soviel Pfennige in die Höhe geschraubt werden. Ich glaube, wenn die Regierung unserem Antrag vollständig nachkommt, so wird sie auch den Dank der 200 Gemeinden des Landes wie den der übrigen Gemeinden, die nicht mit petitioniert haben, ernten.

Abg. Görlacher (Zentr.): Durch den neuen Lehrplan, durch die Vermehrung der Unterrichtsstunden an den Landschulen wurde der schon herrschende Lehramangel noch ganz bedeutend erhöht. Auf der anderen Seite war aber mit Bestimmtheit vorauszusehen, daß durch die Besserstellung unserer Volksschullehrer, welche das neue Elementarunterrichtsgeßetz mit sich brachte, sich auch wieder eine größere Anzahl junger Leute diesem Beruf zuwenden würde. Die Großh. Regierung hat sich deshalb im letzten Landtag dahin ausgesprochen, daß sie die Errichtung weiterer Lehrerseminare in die Wege leiten werde. Ich habe damals meine Heimatstadt Billingen in empfehlende Erinnerung gebracht und habe hervorgehoben, daß von Weersburg bis Karlsruhe keine solche Anstalt zu finden sei und daß dies wohl ein Grund sei, daß verhältnismäßig wenig junge Leute oben auf dem Schwarzwald sich diesem Berufe widmen, daß deshalb für die Errichtung eines Lehrerseminars wohl Billingen als die Metropole des Schwarzwaldes am ehesten in Betracht kommen müßte. Ich habe auch hervorgehoben, daß das Klima dort oben außerordentlich günstig ist, daß im Sommer die kühlen Nächte u. die schattigen Wälder erfrischend wirken, daß im Winter den jungen Leuten Gelegenheit geboten sei, sich dem neuen Sport des Rodens und Schneeschuhlaufens zu widmen. Auch die Gemeindeverwaltung hat sich in dieser Richtung alle Mühe gegeben. Zur großen Freude der Bewohner des Schwarzwaldes und ganz besonders der Stadt Billingen hat der Großh. Oberschulrat unsere Bitten erhört und einstweilen ein Vorseminar eingerichtet. Die Lokalitäten sind nach Angabe des Großh. Oberschulrats eingerichtet worden, und ich darf wohl namens der Stadtverwaltung versichern, daß diese der Anstalt das größte Entgegenkommen auch fernerhin entgegenbringen wird. Die Gäste, die bei uns an Ostern eingezogen sind, sind von den Bewohnern Billingens herzlich empfangen worden.

Im letzten Landtag nun und auch bei den jetzigen Verhandlungen wieder, namentlich aber auch in der Presse, in der „Neuen Badischen Schulzeitung“ und im „Mannheimer Generalanzeiger“, wurde die Meinung vertreten, daß sich für die Errichtung eines Lehrerseminars nun eine Großstadt eigne, wie z. B. Mannheim, niemals aber ein „kleines Landstädtchen“, wie es hier ein Korrespondent nennt, und ein „entlegenes Waldstädtchen“, wie Herr Kollege Jhrig in seiner letzten Rede Billingen nannte, daß also nur eine Großstadt in Betracht kommen könne, niemals aber Billingen. Ich muß anerkennen, daß diese Bedenken, die sowohl seitens der Redner, als in der Presse erhoben wurden, spurlos an der Regierung vorüber gegangen sind. Wir haben ein Vorseminar in Billingen erhalten, und ich hätte allen Anlaß, über diese Auslassungen zur Tagesordnung überzugehen, wenn nicht ein Korrespondent in der „Neuen Bad. Schulzeitung“ geschrieben hätte, daß wohl die ganze Lehrerschaft in dieser seiner Meinung hinter ihm stehe. Es wurde diesmal und auch im letzten Landtag behauptet, daß Billingen zu nahe an der württembergischen Grenze liege, daß die Frequenz wohl durch Schüler aus dem benachbarten Württemberg gehoben werden müßte. Demgegenüber aber kann ich feststellen, was schon mein Freund Duffner gesagt hat, daß sich für das Vorseminar im ersten Anlauf 45 Schüler gemeldet haben, während nur 33 aufgenommen werden konnten, und daß sich darunter nur ein einziger Württemberger befindet. Es ist also davon gar keine Rede, daß wir, um die Frequenz unseres Vorseminars, eventuell unseres Seminars zu heben, nach Württemberg gehen müßten. Es wurde in der Zeitung auch davon gesprochen, daß die spärliche Volksdich-

tigkeit des kleinen Landstädtchens Billingen wohl nicht dazu beitragen werde, die Frequenz zu heben. Diese Mannheimer Herren reden immer von einem entlegenen Waldstädtchen und von einem kleinen Landstädtchen. Ich möchte die Herren bitten, einmal nach Billingen heraufzukommen und sich die Stadt mit ihren 11 000 Einwohnern einmal anzusehen. Wenn noch Klame für das Seminar gemacht worden wäre, so hätte sich sicher die Frequenz noch gehoben. Bekanntlich wurde nur in der „Karlsruher Zeitung“ zur Anmeldung aufgefordert; in keiner sonstigen Tageszeitung ist darauf aufmerksam gemacht worden. Wenn dieses geschehen wäre, so wären sicher noch mehr Anmeldungen eingelaufen.

Es wurde auch von den klimatischen Verhältnissen gesprochen, daß sich Billingen mit Rücksicht auf die klimatischen Verhältnisse für ein Lehrerseminar nicht eignen würde. Das ist mir neu. Bis jetzt war ich der Meinung, daß die Großstädter und speziell die Mannheimer zu uns kommen, um ihre Gesundheit zu stärken. Sie kommen im Sommer zu uns in die kühlen Wälder und sie kommen auch im Winter zu uns, wie mir der Herr Kollege Frühauß bestätigt wird, um zu rodeln oder eine Schlittenpartie zu machen, und sie sagen, daß die klare Winterluft ihnen außerordentlich gut bekomme.

Nun wurde auch wieder darauf hingewiesen, daß für die Bildung unserer zukünftigen Lehrer es von außerordentlich großer Wichtigkeit sei, daß sie Gelegenheit hätten, Theater, Museen, Konzerte usw. zu besuchen. Das ist eine eigenartige Sache. Ich habe schon oft Gelegenheit gehabt, speziell die Großstädter, wenn sie nach Billingen kommen und, wie man so zu sagen pflegt, den Mund recht voll nehmen, wenn sie uns erzählen, was sie alles in den Großstädten hätten, Theater und Konzerte usw., sie dann zu fragen, waren Sie in dem und dem Theater, haben Sie die und die Oper gesehen, und dann mußten sie fast alle zugestehen, daß sie nur ein einziges Mal im Theater waren, trotzdem sie vielleicht ihr ganzes Leben in der Großstadt zugebracht haben. Zum Theaterbesuch gehört eine Liebhaberei, und wenn einer Liebhaber vom Theater ist, dann findet er Gelegenheit, Theater zu besuchen, auch wenn er nicht gerade in einer Großstadt wohnt.

Die biblische Geschichte lehrt uns, daß Christus, der größte Lehrer und Kinderfreund, bevor er in das Leben hinausgetreten ist, in die Wüste gegangen ist, um 40 Tage zu fasten und sich zurückzuziehen. Wenn er heute auf der Welt wäre, nach Mannheim ginge er dazu sicher nicht! (Abg. Eichhorn: Nein, er ginge nach Billingen! Große Seiterkeit.)

Dann schreibt der Artikel der „Neuen Badischen Schulzeitung“, daß sich geeignetes Material nur in den Städten Mannheim und in den benachbarten Städten Schwetzingen und Ladenburg vorfinden würde. Er spricht also den Kleinstädtern, den Bewohnern des Flachlandes, die Befähigung ab, sich dem Lehrerberufe zuzuwenden. Nun denken Sie sich doch einmal diese Landschulen oben auf dem Schwarzwald mit Lehrern von Mannheim, von Schwetzingen, von Heidelberg und von Ladenburg besetzt. Diese Reklamationen möchte ich einmal hören, da möchte ich sicher nicht dem Oberschulrate angehören. Denn die Beamten beklagen sich schon jetzt, wenn sie zu uns auf den Schwarzwald nach Billingen kommen, daß die Wohnungsverhältnisse hier nicht sonderlich günstig wären. Wenn das wirklich der Fall ist, daß die Wohnungsverhältnisse und die klimatischen Verhältnisse in Billingen und sonst droben auf dem Schwarzwald so ungünstig sind, warum kommen dann die Beamten von Mannheim

und wollen eine besondere Vergünstigung haben, eine Erhöhung ihres Wohnungsgeldes? Dann sollen sie doch gerecht sein und sobald als möglich veranlassen, was dringend notwendig ist, daß die Beamten in Billingen einmal entweder in die zweite oder erste Ortsklasse aufrücken.

Weiter ist hier gesagt worden, daß es den Burtschen auf dem Lande draußen und in den kleinen Städten eher als denen in den Großstädten möglich sei, sich einem Berufe zuzuwenden. Ich glaube, das gerade Gegenteil ist der Fall. Eine Großstadt wie Mannheim, Karlsruhe oder Heidelberg z. B. mit so und so viel Industrie, Lehranstalten, Gymnasien und alle möglichen Schulen, bieten doch sicherlich einem jungen Manne mehr Gelegenheit, sich einen Beruf auszuwählen als eine Kleinstadt. Ich weiß aus Erfahrung, durch mündliche Mitteilungen und aus den Berichten der Handwerkskammern, daß gerade das Gegenteil der Fall ist, daß draußen auf dem Lande und in den kleinen Städten Ueberschuß an Lehrlingen herrscht, während die Großstädte über Mangel an Lehrlingen klagen. Wenn die betreffenden Herren allerdings glauben, daß die jungen Leute von Mannheim sich für Beamte eignen und die von dem flachen Lande und den kleinen Städten nicht, dann allerdings trifft ihre Ansicht hier zu.

Das Höchste aber leistet sich der Korrespondent in der „Badischen Schulzeitung“ auf Seite 455; es ist das wirklich interessant. Er meint da, daß auf die Qualität mehr als die Schule die Umgebung wirke: „Es ist dies die Umgebung oder das geistige Milieu, in welchem der Mensch als soziales Wesen aufwächst, und aus dem er seine geistigen Entwicklungsfäfte mit den zarteren Jägern seines mannigfaltigen Seelen- und Gemüthslebens unwillkürlich einjaugt. Daß eine Stadt wie Mannheim, deren ganzes Geistesleben sich in den Brennpunkten erhöhter Intelligenz, verfeinerten künstlerischen Empfindens, eines hochgehenden wirtschaftlichen Aufschwungs auf dem Gebiete einer weitumfassenden Industrie und eines weitverzweigten Handels sonnt und erwärmt, in dem einzelnen Individuum erhöhte geistige Potenzen anstößt, bedarf wohl keines weiteren Sinnes.“ Hinter diesen Satz möchte ich doch ein großes Fragezeichen machen. Ob die Umgebung in einer Großstadt besser auf den zukünftigen Lehrer einwirkt als die Umgebung in einer kleinen Stadt, das möchte ich dem Urtheile der Herren in diesem hohen Hause überlassen.

Es wird der Regierung vorgehalten, daß sie sich lediglich von finanziellen Gesichtspunkten und nicht von pädagogischen Gesichtspunkten bei der Errichtung von Lehrerseminaren leiten lasse. M. G. läßt sich die Regierung von dem Gedanken leiten, daß sie dort Lehrerseminare errichtet, wo ein Bedürfnis vorhanden ist, und da nach allen Landesteilen ohne Ausnahme Rechnung getragen werden. Es wird für uns in den kleineren Städten auch keine Ausnahme gemacht, wenn es sich um das Erheben von Steuer handelt; da werden wir prozentual herangezogen ebenso wie die Großstädte. Wir sind dabei noch immer im Nachtheil: Welche Ausgaben sind schon für die Errichtung von Bahnhöfen in den Großstädten

ausgegeben worden, an denen wir mitbezahlt und von denen wir absolut keinen Vorteil haben!

Der Artikel schreibt weiter, daß sämtliche Lehrer hinter ihm stehen. Ich möchte fragen, ob diejenigen Lehrer, die ihre Studien in Meersburg betrieben haben, auch hinter diesem Artikel stehen, ob sie auch der Meinung sind, daß Meersburg ein minderwertiges Material liefert? Weitere Ausführungen halte ich für überflüssig.

Ich glaube, daß die Errichtung eines Vorseminars in Billingen der Anfang gewesen ist zu der Errichtung eines Volkseminars. Ich möchte eine Bitte an die Großh. Regierung richten, daß sie dabei lediglich Billingen im Auge hat. Billingen liegt, wie bereits gesagt, sehr weit entfernt von allen Seminaren, von Meersburg, Freiburg und Karlsruhe, wogegen Lahr nur einige Minuten mit der Bahn nach Freiburg oder herunter nach Karlsruhe hat, ebenso auch Gengenbach.

Nun gestatte ich mir auch noch einige Worte zu dem Antrage Kräuter und Genossen wegen der Prügelstrafe. Ich bin zwar nicht Schullehrer, aber ich bin schon viele Jahre Lehrmeister und ich habe als solcher auch eine große Erfahrung hinter mir (Große Heiterkeit). Ich habe da die Erfahrung gemacht, daß, um die Jugend zu unterrichten, eine sehr große Menschenkenntnis erforderlich ist. Bei dem einen richtet man mehr Schaden an, wenn man ihn prügelt, und bei dem anderen richtet man mehr Schaden an, wenn man ihn nicht prügelt (Sehr richtig!). Es ist da schwierig, eine Norm aufzustellen. Bei den hellen Sachen mag es ja etwas anderes sein, wie der Herr Kollege Eichhorn gesagt hat, aber bei uns auf dem Schwarzwalde ist es bisher so gehandhabt worden, und ich bin der Meinung, mit Maß und Ziel am richtigen Platze und auf dem richtigen Platze (Seiterkeit) wird viel erreicht. Eine Abschaffung jeder Prügelstrafe mag vom idealen Standpunkte aus richtig sein, aber in der Praxis läßt es sich bis jetzt nicht durchführen. Ich habe, als ich Soldat war, die Erfahrung gemacht. Wir hatten einen Hauptmann beim Regiment, der vorher Dienst am grünen Tisch getan hatte; der hat, als er den Ausdruck Kamel hörte, den Unteroffizier gerügt und gesagt: Wir haben keine Kamel in der deutschen Armee sondern Leute! (Mh. Eichhorn: Sehr richtig!) Aber es sind keine 14 Tage vergangen, da waren dem betreffenden Hauptmann mehr Ausdrücke bekannt und von ihm angewendet, als in einem Wörterbuch eines preussischen Unteroffiziers zu finden sind (Seiterkeit).

Ich glaube, wenn man die Herren Antragsteller bewegen wollte, ihren Antrag zurückzuziehen, da gäbe es ein sehr gutes Mittel: Man würde den Herren einmal 60 Schüler einer oberen Klasse zur Verfügung stellen, um ihnen Unterricht zu erteilen. Ich glaube, speziell der Begründer des Antrags, der Herr Kollege Kräuter, so wie ich sein Temperament kenne, wäre der erste, der die Platte ins Korn werfen und sagen würde: Der Teufel soll das Schulhalten holen, wenn man nicht einmal prügeln darf! (Lebhafte Heiterkeit.)

Hierauf wird abgebrochen.

Schluß der Sitzung gegen 1 Uhr.

*** Karlsruhe, 21. Mai 76. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Freitag den 22. Mai, nachmittags 4 Uhr:**

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

1. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget Groß. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für die Jahre 1908 und 1909, Ausgabe Titel X und Einnahme Titel III (Unterrichtswesen) und zwar

Ausgaben

Ordentlicher Etat: B. Kreisschulvisitaturen, D. Lehrerbildungsanstalten, E. Blinden- und Taubstummenanstalten, H. Frauenarbeits- und Haushaltungsschulen, I. Volksschulen, K. Für besondere Unterrichtszwecke;

Außerordentlicher Etat: § 17 (für die Bearbeitung der Statist. des Unterrichtswesens), §§ 20—26 (Lehrerbildungsanstalten), § 27 (zur Weiterführung der provisorischen Kurse für Taubstumme in Heidelberg), § 28 (zu Staatsbeihilfen für bedürftige Gemeinden zu Schulhausbauten),

und sämtliche Einnahmen des Titels III,

sowie über folgende Petitionen

a. des Gemeinderats Gengenbach um Ausbau des in dieser Stadt bestehenden Vorseminars zu einem Volkseminar (Seite 11/16 des Berichts),

b. des Gemeinderats Tauberbischofsheim um Berücksichtigung bei Errichtung eines weiteren Lehrerseminars (mündlich). — Drucksache Nr. 11 c II — Berichterstatter: Abg. Dr. Obkircher,

und damit in Verbindung

2. Beratung des Berichts der Petitionskommission über die Petitionen

a. einer Anzahl Gemeinden des Landes,

b. einer Anzahl Bürgermeister und Gemeindevertreter von Schwarzwalddgemeinden um Abänderung einiger Bestimmungen des Elementarunterrichtsgesetzes — Drucksache Nr. 67 — Berichterstatter: Abg. Rohrbach; sowie des Antrags der Abgg. Dr. Zehner und Genossen dazu (Drucksache Nr. 67 a);

3. Beratung des Berichts der Budgetkommission über den Antrag der Abgg. Burkhard und Genossen, die Ueberstunden in der Volksschule betr., — Drucksache Nr. 40 — Drucksache Nr. 40 a — Berichterstatter: Abg. Dr. Obkircher;

4. Beratung des Antrags der Abgg. Kräuter und Genossen, die Schulordnung und die Dienstweisung für Lehrer an Volksschulen betr., — Drucksache Nr. 43 a.

5. Beratung des Antrags der Abgg. Jürg und Gen., die Verwandlung der konfessionellen Lehrerseminare in simultane betr., — Drucksache Nr. 43 b — (Fortsetzung).

